Plutus

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 14. Dezember 1912. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Nebenprodukt.

Die Debatte im Reichstag über das Petroleummonopol hat mit einem Begräbnis erster Klasse für den Gesetzentwurf geendet. Man hat die Frucht so langer Vorarbeit nicht achtungslos in der Versenkung verschwinden lassen wollen, sondern die Materie schließlich einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Durchberatung überwiesen. Der Abgeordnete Frank hat aber, wie mir scheint, sehr richtig prophezeit, daß diese Kommission der Löwenhöhle zu vergleichen ist, in die sehr viele Spuren hinein-, aber keine hinausführen. Es muß noch ein Wunder geschehen, wenn es gelingen sollte, eine Form zu finden, auf der die Parteien des Reichstages sich einigen. Denn außer den Konservativen und den Liberalen fand niemand auch nur ein gutes Haar an dem Entwurf. Und selbst die Parteien, die freundlich taten, waren sich doch im Grunde darüber einig, daß sie es sich sehr überlegen würden, dem Entwurf ihre Zustimmung zu geben, wenn sie im Besitz der ausschlaggebenden Macht wären. Dabei ist es schade um die schöne Idee, die hier zu Grabe getragen wird. Nicht bloß, weil es das erste Mal ist, daß (vom Kaligewerbe abgesehen, in dem die Verhältnisse aber wesentlich anders liegen) wir bewußt von Gesetzes wegen ein Monopol schaffen, um übermächtigen Kapitalseinflüssen ein Paroli zu bieten, sondern auch wegen der originellen Konstruktion des Monopolgebäudes, wegen der sinnreich ausgeklügelten Arbeitteilung zwischen Privatkapital und Staatsgewalt. Hier hätte sich etwas Schönes schaffen lassen. Daß es nicht zustande kam, daran trägt heute vor der öffentlichen Meinung Herr von Gwinner die Schuld, der den Bogen der Privatansprüche seines Institutes überspannte. Aber so schuldig nach außen hin auch Herr von Gwinner sein mag, viel schuldiger scheint mir das Reichsschatzamt. Das Reichsamt durfte auf die Gwinnerschen Pläne nicht so einseitig eingehen, wie es geschah. Nicht bloß aus taktischen Erwägungen heraus, denn es mußte voraussehen, daß schon die Milliarden Rockefellers schwer einnehmbare Barrikaden für die Kämpfer gegen den Entwurf errichten, daß aber vollends alle Chancen für seine Annahme schwinden würden, wenn auch noch deutsche Großkapitalisten, die mit Geld und Argumenten gleicherweise gerüstet waren, die feindlichen Reserven verstärkten. Doch, wie gesagt, nicht bloß taktische Erwägungen hätten für die Reichsbehörden von Einfluß sein müssen. In der vollkommenen geistigen Abhängigkeit, in die das Reichsschatzamt von der deutschen Bank geraten ist, dokumentiert sich leider wieder der alte Mangel unserer Behördenorganisation: Es fehlt der kaufmännische Geist. Der ist auch nicht dadurch zu ersetzen, daß man wirtschaftliche Fortbildungkurse für Referendare, Assessoren und Regierungräte einrichtet. Gewiß sind solche von Vorteil, denn es nützt, wenn Männer der Justiz und der Verwaltung Einblick in kaufmännische Gebarung erhalten. Aber damit werden richterliche und Verwaltungbeamte noch nicht zu Kaufleuten. Im Gegenteil kann dadurch das ebenso schädliche Gegenteil vom früheren Zustand erreicht werden. War früher vielleicht hier und da Unterschätzung oder gar eine gewisse Verachtung des Kaufmanns aus Unkenntnis seiner Tätigkeit vorhanden, so kann jetzt Ueberschätzung und kritiklose Bewunderung an deren Stelle treten, durch die die frühere ablehnende Unabhängigkeit von versklavendem Enthusiasmus abgelöst wird.

Die Verhandlungen im Reichstag, mehr aber noch die teilweise im Annoncenteil der Zeitungen geführten Kontroversen zwischen den beteiligten Faktoren haben uns jedenfalls so recht zum Bewußtsein gebracht, welche erheblichen materiellen Interessen auf allen Seiten durch den Monopolentwurf berührt werden. Besonders lebhaft und temperamentvoll haben sich die Amerikaner zur Wehr gesetzt, und der Kampf der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft gegen die von der Deutschen Bank ins Leben gerufene Deutsche Petroleum-Verkaufsgesellschaft und insbesondere gegen Herrn von Gwinner hat sich in Formen abgespielt, die lebhaft an amerikanische Zustände erinnern. Ich habe früher bereits einmal darauf hingewiesen, daß zwischen diesen beiden Gesellschaften seit mehreren Jahren ein Vertrag bestand. Die Standard Oil Company hatte durch ihre deutsche Vertriebsgesellschaft ihr Petroleum zu so billigen Preisen anbieten lassen, daß die Verkaufsorganisation der rumänischen Interessen der Deutschen Bank, um sich vor Schaden zu bewahren, schließlich einen Pakt mit den Amerikanern eingehen mußte. Die Einzelheiten dieses Paktes zeigen deutlich, daß die Deutsche Bank der unterliegende und in die Enge gedrängte Teil, Rockefeller aber der Triumphator war. Der wesentliche, sachliche Inhalt des Paktes ging dahin, daß die deutsche Gesellschaft der amerikanischen den Verkauf der Erzeugnisse ihrer Unternehmungen übertragen mußte und, daß nach einem gewissen Schema das Erträgnis zwischen den beiden Kontrahenten geteilt würde. Bis dahin lag ein reiner Kartellvertrag vor. Ueber einen solchen Kartellvertrag hinaus aber ging eine Reihe von Bestimmungen, die sehr demütigend für die deutsche Gesellschaft waren. So wurden z. B. in den Gesellschaftvertrag des als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisierten deutschen Unternehmens Klauseln aufgenommen, die den Amerikanern das Recht der Bestellung von Vorstandsmitgliedern einräumten, außerdem aber noch den Gesellschaftsorganen die Pflicht auferlegten, gewisse Beschlüsse zu fassen, die die Amerikaner wünschten. Nach mehrjährigem Bestehen des Vertrages wurde er von deutscher Seite angefochten unter der Begründung, daß er wucherisch sei und gegen die guten Sitten verstoße. Ob diese Anfechtung mit Rücksicht auf das Monopol geschah, welche Motive sonst geltend waren, ob vielleicht auch in einzelnen Fällen die Einreden von deutscher Seite (das behaupten die Amerikaner) den in der Geschäftswelt sonst üblichen Gepflogenheiten nicht entsprachen, das soll uns hier nicht interessieren. Tatsache war, daß in erster Instanz dem Klagebegehren Recht gegeben und der Vertrag aufgehoben wurde. Tatsache war ferner, daß das hanseatische Oberlandesgericht als Berufunginstanz sich zwar noch nicht darüber ausgesprochen hat, ob die deutsche Gesellschaft ein Recht hatte, sich von dem Vertrage loszusagen, daß es aber den Vertrag an sich für gültig und nur einzelne Bestimmungen daraus für rechtsungültig erklärte.

Dieses Urteil der Berufunginstanz geht über den Rahmen der Entscheidung eines Einzelfalles hinaus und stellt aktienrechtliche Grundsätze auf, die mit zu dem Interessenten gehören, was der ganze Petroleumstreit überhaupt geboren hat. Und zwar liegt das Interessante nicht in denjenigem Teil des Rechtsspruches, der der deutschen Klage gegen die Amerikaner stattgibt, sondern gerade im abweisenden Teile des Urteils. Das Oberlandesgericht erklärt vollkommen zu Recht, daß die Organe einer Gesellschaft (also sowohl wie im vorliegenden Falle einer G. m. b. H. als auch einer Aktiengesellschaft) stets die Organe dieser Gesellschaft sein müssen. Sie müssen infolgedessen auch die Interessen der Gesellschaft wahrnehmen können und den Willen der Gesellschafter betätigen. Es geht daher nicht an, diese Organe im Wege des Vertrages in solche Abhängigkeit von außenstehenden Personen zu bringen, daß sie gemäß deren Willen und nicht mehr nach dem Willen der Gesellschafter handeln. Aus diesem Grunde erklärt der Richterspruch auch diejenigen Bestimmungen des Vertrages für ungültig, laut denen Gesellschafter und Geschäftsausschuß der deutschen Gesellschaft von den Amerikanern gezwungen werden können, bestimmte Beschlüsse zu fassen, und durch die den Amerikanern das Recht gegeben ist, die Zahl der Geschäftsführer der deutschen Gesellschaft zu bestimmen, sowie diese Geschäftsführer zu ernennen und zu entlassen.

Viel interessanter sind die grundsätzlichen Deduktionen, durch die das hanseatische Oberlandesgericht einen Unterschied zwischen physischen und juristischen Personen konstruiert. Es mag richtig sein, wenn das Gericht ausführt, die engen Grenzen, die für die Beschränkung der persönlichen Freiheit eines körperlichen Individuums gelten, bestünden für juristische Personen nicht zu Recht, denn eine Gesellschaft könne mittels eines Vertrages, durch welchen ihr Vermögen als Ganzes auf eine andere übergehe, sogar vollständig auf ihre Existenz verzichten, was das Individuum nicht könne. Allein eine sehr bedenkliche Feststellung trifft das Gericht in den folgenden Sätzen: „Daß die Beklagte durch den Konkurrenzkampf der Parteien in eine Notlage gebracht wäre, durch deren Ausbeutung die Klägerin den Vertrag durchgesetzt haben könnte, das ist schon nach dem Vorbring

der Beklagten zu verneinen. Dabei fällt wesentlich ins Gewicht, daß die Beklagte keine physische Person, sondern eine Gesellschaft ist. Eine Gesellschaft ist nur ein gedachtes Wesen. Sie ist eine Organisation, deren sich die Interessenten zur Erreichung ihrer Zwecke bedienen. Eine Gesellschaft abgesehen von den Interessenten betrachtet, kann daher auch nicht in eine Notlage geraten, denn sie hat kein Bewußtsein und keine Bedürfnisse. Selbstverständlich kann deshalb eine Gesellschaft trotzdem bewuchert werden; aber nur, wenn ihre ungünstige wirtschaftliche Lage eine Notlage der Interessenten mit sich bringt und wenn diese Notlage ausgebeutet wird." Daß zwischen der — nur gedachten — juristischen Person und einem körperlichen Individuum ein Unterschied besteht, ist selbstverständlich. Die Gesellschaft kann nicht aufs Gericht laufen, sie kann keine Anmeldungen zum Handelsregister vornehmen, sie kann nicht schwören und kann keine Unterschriften vollziehen. Deshalb hat eine Gesellschaft ihre Organe, die für sie laufen, schreiben, denken und schwören, kurzum, für sie handeln. Dieser Unterschied ist sehr wichtig für alles Kriminelle. Eine Gesellschaft kann wohl für zivilrechtliche Deliktsobligationen haften, aber sie kann nicht bestraft, kann nicht ins Gefängnis gesteckt und kann nicht enthauptet werden. Auch dazu hat sie ihre Organe. Dabei wirkt übrigens das Merkmal, daß Bewußtseinslosigkeit selbst in strafrechtlicher Beziehung eine differenzielle Behandlung da nicht notwendig macht, wo die Gesellschaft als Geschädigte in Betracht kommt. Wenigstens kommt es beim Wucher gar nicht darauf an, ob der Ausgebeutete sich der Ausbeutung bewußt ist. Ganz falsch aber ist es zu behaupten, daß eine Gesellschaft als solche keine Bedürfnisse habe. Es ist ja keine Frage, daß die juristische Person begrifflich ein konstruiertes Wesen ist, aber so irreal, wie die hamburgischen Richter es darstellen, ist denn doch eine Gesellschaft nicht. Abgesehen vom Begriff, existiert doch als Grundlage der Gesellschaft ihr Zweckvermögen. Dieses Zweckvermögen hat Bedürfnisse und dieses Zweckvermögen kann auch geschädigt und bewuchert werden. Ich lasse ganz dahingestellt, ob auf den vorliegenden Fall eine Notlage des Zweckvermögens zutrifft, ob also hier Wucher vorliegt. Aber, daß prinzipiell eine solche Lage des Zweckvermögens möglich ist, das unterliegt doch gar keinem Zweifel. Nun behauptet aber das Oberlandesgericht, eine Notlage des Zweckvermögens genüge gar nicht, sondern Wucher könne überhaupt nur vorliegen, wenn die ungünstige wirtschaftliche Lage des Zweckvermögens eine Notlage der Interessenten mit sich bringt, die ausgebeutet wird. Da entsteht zunächst doch die kniffliche Frage, wie es sich nun in dem Falle stellen würde, in dem die Interessenten wieder juristische Personen sind. Dann würde man erst wieder nachweisen müssen, daß die Interessenten der Interessenten in Notlage geraten sind. Und wenn man annimmt, daß die Interessenten der Interessenten wieder juristische Personen sind, so gelangen wir zu einem so schwierigen Rechenexempel, wie es uns Ihering in seinem „Scherz und Ernst in der Jurisprudenz" bei denjenigen erbrechtlichen Konstruktionen ausmalt, die die Persönlichkeit der Verstorbenen in den einzelnen Erbteilen weiter fortleben lassen, wo also — nach Iherings eigenen Worten — auf dem Wege über das Erbrecht ein Teilchen vom alten Adam auf jeden von uns übergegangen ist. Aber es entsteht die weitere Frage: was bedeutet denn überhaupt der Begriff „Notlage der Interessenten?" Ist z. B. eine Notlage des Aktionärs bereits dann vorhanden, wenn er das Geld verliert, das er in die Gesellschaft gesteckt hat, oder gehört zu seiner Notlage, daß sein Gesamtvermögen durch den Verlust zu einem erheblichen Teil tangiert wird? Dann könnte z. B. eine Gesellschaft von Millionären, die nur je ein paar Tausend Mark im Unternehmen angelegt hat, überhaupt nicht bewuchert werden. Zeigen schon diese — mit Willen etwas absurd gewählten Beispiele — die bedenklichen Konsequenzen des Urteils, so bedeutet es auch juristisch konstruktiv einen völligen Mißgriff. Die juristische Person des bürgerlichen Gesetzbuches, des Handelsgesetzbuches und der handelsrechtlichen Spezialgesetze beruht im wesentlichen auf dem römischen Recht. Im Gegensatz zum alten römischen Recht war im deutschen Urrecht jedes Zweckvermögen Eigentum der gesamten Hand. Ein Zweckvermögen ohne die Verbundenen (d. h. die Interessenten im Sinne des vorliegenden Urteils) war überhaupt nicht denkbar. Eine der geistvollsten Ideen zur Entwicklung der Kaiserzeit war nun die Konstruktion jenes Rechtsbegriffs, der das Zweckvermögen als „juristische Person" von den Interessenten loslöste, und es als besondere Persönlichkeit neben diese stellte. Diese Errungenschaft einer langwierigen Rechtsentwicklung machen aber die hamburgischen Richter illusorisch, indem sie von der verselbstständigten juristischen Person zurückgreifen auf die körperliche Persönlichkeit der Interessenten. Das Reichsgericht wird hoffentlich dafür sorgen, daß der Kampf um das Petroleummonopol anstatt uns einen wirtschaftlichen Fortschritt zu bringen, uns nicht etwa noch als Nebenprodukt einen juristischen und damit zugleich einen wirtschaftlichen Rückschritt beschert.

Neugründungen und Kapitalserhöhungen.

Von **Richard Calwer**-Berlin.

November 1912.

In den letzten Jahren ging die Unternehmunglust im November in der Regel über die Investierungtätigkeit im vorangehenden Monat hinaus; daß diesmal der umgekehrte Fall eintrat, ist aus der Versteifung des Geldmarkts leicht zu verstehen. Der Rückgang der Investierungen hält sich zudem in engeren Grenzen als man voraussehen durfte; es wurden im November in Handel und Gewerbe 92,07 Mill. *M.* angelegt gegen 98,13 Mill. *M.* im Oktober und 99,97 Mill. *M.* im Korrespondenzmonat des vergangenen Jahres. In den Jahren 1908 bis 1911, sowie in den Monaten Januar bis November des laufenden Jahres ergaben sich folgende Beträge neuinvestierter Kapitalien in Mark:

	1909	1910	1911	1912
Jan. .	98599586	75726000	89263600	140260200
Febr. .	76493550	89810700	102566000	166076172
März	122664200	118130100	132730900	124258300
April	94980900	115404345	150550200	133980500
Mai .	109236600	116080886	106147800	116775400
Juni .	87360000	93039345	88830300	138689875
Juli .	131718900	63372800	119754350	110477550
August	65391000	79238600	80946100	67400900
Sept. .	51739200	98243100	51850600	52967500
Oktob.	61688800	139532415	93726600	98126200
Nov. .	114992750	149119600	99969600	92070400
Dez. .	119127800	102364300	77798700	—
Jan.-Dz.	1133993286	1240062191	1194134750	—

In den ersten elf Monaten belief sich die Inanspruchnahme des offenen Geldmarktes durch Handel und Gewerbe mithin auf 1241,08 Mill. *M.* Zur gleichen Zeit im Vorjahr wurden für Neugründungen und Kapitalserhöhungen 1117,34 Mill. *M.* aufgewandt. Die investierten Beträge verteilten sich, nach Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. getrennt, folgendermaßen auf die einzelnen Gruppen:

	Neugründungen				Kapitalserhöhungen			
	Zahl der Gesellschaften	Kapitalssumme in 1000 *M*			Zahl der Gesellschaften	Kapitalssumme in 1000 *M*		
		Nov. 1912	Vormonat	Vorjahr		Nov. 1912	Vormonat	Vorjahr
I. Aktiengesellschaften								
Landwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergbau, Hütten und Salinen	—	—	500	—	3	13 400	7 500	33 700
Steine und Erden	1	160	—	—	2	640	875	750
Metalle und Maschinen	—	—	2 300	3 700	12	7 978	8 830	2 580
Elektrotechnische Erzeugnisse	1	1 300	—	—	—	—	4 000	—
Elektrizität- und Gasgesellschaften	—	—	4 076	10 528	3	5 636	753	—
Fette, Oele usw.	—	—	—	—	—	—	—	1 000
Chemische Industrie	1	2 000	—	—	2	1 500	—	—
Textilgewerbe	—	—	3 950	—	—	—	700	1 020
Papiergewerbe	—	—	250	—	—	—	—	1 288
Ledergewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	—	—	500	3 500	—	—	250	—
Nahrung- und Genußmittelgewerbe	1	400	75	1 275	4	13 140	550	150
Bekleidung- und Reinigunggewerbe	—	—	—	500	1	2 000	—	—
Beherbergung- u. Erquickunggewerbe	—	—	—	—	1	36	—	—
Graphische Gewerbe	1	5	100	250	—	—	—	—
Baugewerbe	2	4 005	400	1 880	—	—	—	—
Banken	—	—	3 000	—	2	7 000	500	11 580
Handel außer Banken	1	80	—	—	—	—	—	2 252
Syndikate, Verkaufsvereiniggn. usw.	—	—	—	—	—	—	—	—
Verkehr	2	2 505	2 500	2 474	1	4 000	11 598	925
Sonstige Gesellschaften	1	1 500	500	—	—	—	—	—
	11	11 955	18 151	24 107	31	55 330	35 556	55 245
II. Gesellschaften mit beschränkter Haftung.								
Landwirtschaft	5	201	307	415	2	—	—	—
Bergbau, Hütten und Salinen	6	210	80	90	5	373	15	1
Steine und Erden	14	1 113	1 087	1 244	2	30	315	450
Metalle und Maschinen	36	2 358	8 289	2 738	6	865	1 361	392
Elektrotechnische Erzeugnisse	11	464	496	274	1	10	394	645
Elektrizität- und Gasgesellschaften	1	100	55	170	1	220	387	—
Fette, Oele usw.	3	370	80	48	—	—	—	—
Chemische Industrie	6	350	1 445	400	11	525	1 094	736
Textilgewerbe	6	247	449	614	2	—	—	—
Papiergewerbe	1	60	80	460	1	200	25	—
Ledergewerbe	1	20	50	115	—	—	—	—
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8	899	867	401	2	457	10	330
Nahrung- und Genußmittelgewerbe	17	1 085	6 892	1 987	3	264	—	190
Bekleidung- und Reinigunggewerbe	5	283	1 918	220	—	—	50	—
Beherbergung- u. Erquickunggewerbe	17	2 000	430	629	—	—	—	—
Graphische Gewerbe	26	915	1 646	1 012	4	300	40	28
Baugewerbe	59	2 702	1 654	1 686	4	154	200	191
Banken	3	221	60	120	1	50	10	—
Handel außer Banken	61	2 544	4 715	2 201	5	315	1 609	336
Syndikate, Verkaufsvereiniggn. usw.	4	149	135	20	—	—	—	—
Verkehr	11	1 214	4 453	341	2	225	—	—
Sonstige Gesellschaften	33	2 030	2 429	1 882	23	1 262	1 292	251
	334	19 535	37 617	17 067	75	5 250	6 802	3 550

Die Entwicklung der Unternehmunglust in den einzelnen Gruppen weist somit folgendes Bild auf:

	Neu investiertes Kapital i. Nov. 1912 in 1000 M	Vormonat in 1000 M	Vorjahr in 1000 M
Landwirtschaft	201	307	415
Bergbau, Hütten u. Salin.	13 983	8 095	33 791
Steine und Erden	1 943	2 277	2 444
Metalle und Maschinen	11 201	20 780	9 410
Elektrotechn. Erzeugnisse	1 774	4 890	919
Elektrizität- u. Gasgesellsch.	5 956	5 271	10 698
Fette, Oele, Leuchtstoffe	370	80	1 048
Chemische Industrie	4 375	2 538	1 136
Textilgewerbe	247	5 099	1 634
Papiergewerbe	260	355	1 748
Ledergewerbe	20	50	115
Holz- u. Schnitzstoffgew.	1 356	1 627	4 231
Nahr.- u. Genußmittelgew.	14 889	7 518	3 602
Bekleid.- u. Reinigunggew.	2 283	1 968	720
Beherb.- u. Erquickunggew.	2 036	430	629
Graphische Gewerbe	1 220	1 786	1 289
Baugewerbe	6 861	2 254	3 757
Banken	7 271	3 570	11 700
Handel außer Banken	3 088	6 459	4 810
Verkehr	7 944	18 551	3 740
Sonstige Gesellschaften	4 792	4 221	2 133
	92 070	98 126	99 969

Zunächst fällt in die Augen, wie sehr die Gründungtätigkeit gegen Oktober zurückgegangen ist. Für Neugründungen von Aktiengesellschaften wurden nur 11,96 Mill. M. erfordert gegen 18,15 Mill. M. im vorangehenden. Gegen die vorjährige Parallelzeit gar ist der Betrag dieser Spalte auf weniger als die Hälfte gesunken. Es scheint, als ob die Zurückhaltung der Geldgeber gerade gegenüber neuen Unternehmungen besonders hervorgetreten sei, während bereits bestehende Gesellschaften ohne große Schwierigkeit bei der Kapitalsbeschaffung zum Ziel gelangten. Die Abnahme der Geldanforderungen für neue Aktienbetriebe zeigt sich in einigen Gruppen besonders frappant, so investierten die Elektrizität- und Gasgesellschaften im Vorjahr über 10 Mill. M., blieben aber im Berichtsmonat dem offenen Geldmarkt fern. In zweiter Linie fiel der Ausfall von Neugründungen im Metallgewerbe sowie in der Holzindustrie ins Gewicht. Demgegenüber fällt es auf, daß in der Rubrik Baugewerbe zwei neue Aktiengesellschaften mit 4 Mill. M. Grundkapital erschienen, zumal die Zurückhaltung der Geldinstitute gegenüber Bauunternehmungen im allgemeinen noch immer scharf verspürt wird. In der chemischen Industrie entstand ein Aktienbetrieb mit 2 Mill. M. Nominalkapital.

Die Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften zeigten, wie schon angedeutet, gegen Oktober eine starke Zunahme und stiegen damit auf den hohen Betrag vom November 1911. Die absolute Summe stellte sich auf 55,33 Mill. M. gegen 35,56 Mill. M. im Oktober 1912. Die Zunahme steckt einmal in der Montanindustrie, deren Geldbedarf im Vormonat überraschend niedrig gewesen war; im genannten Produktionszweig wurden 13,40 Mill. M. investiert. Fast ebenso stark entwickelte sich der Geldbedarf in der Nahrung- und Genußmittelindustrie; der Betrag verteilte sich hier auf vier, im Montangewerbe auf drei Unternehmungen. Eine Verkehrsgesellschaft setzte ihr Nominalkapital um 4 Mill. M. hinauf und zwei Aktienbanken investierten zusammen 7 Mill. M. Die Textilindustrie fiel in dieser Position ebenso wie bei den Neugründungen völlig aus.

Die Gründungtätigkeit in Gesellschaften m. b. H. blieb hinter dem Umfang des Monats Oktober recht bedeutend zurück. Die geringe Summe des vorjährigen Parallelmonats hingegen wurde überholt. Der Zahl der Gesellschaften nach steht der Warenhandel an der Spitze. Hier werden 61 Gründungen verzeichnet mit einem Kapitalaufwand von 2,54 Mill. M. D. h. auf eine Gesellschaft entfallen durchschnittlich 42 000 M. Stammkapital. Im Baugewerbe beanspruchen 59 Gesellschaften 2,70 Mill. M. Aus der Metall- und Maschinenindustrie wurden 36 neue Betriebe in Form einer Gesellschaft m. b. H. ins Handelsregister eingetragen. Gegen den Vormonat war ein entschiedener Rückgang des Kapitalbedarfs im Verkehrs- und Transportgewerbe, in der Nahrung- und Genußmittelindustrie, zumal auch in der schon erwähnten Maschinenindustrie zu verzeichnen. Verwiesen sei schließlich auf die fünf Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. in der Landwirtschaft.

Die Unternehmunglust bei bestehenden Gesellschaften dieser Gruppe ist bekanntlich in der Regel gering. Für Kapitalserweiterung von Gesellschaften m. b. H. wurden in der Berichtszeit 5,25 Mill. M. erfordert; d. i. 1,55 Mill. M. weniger als im Oktober, aber 1,80 Mill. M. mehr als im November des verflossenen Jahres. Die erwähnte Summe ist auf 75 Gesellschaften zu verteilen. Sehr eifrig wurde in der chemischen Industrie investiert, wo elf Unternehmungen zur Heraufsetzung des Stammkapitals schritten. Mehr als ¾ Mill. M. beanspruchte nur noch die Metall- und Maschinenindustrie. Fünf Gruppen fielen in dieser Position völlig aus.

Die Summe der Neuinvestierungen ging immerhin noch in neun Gruppen über das vergangene Jahr hinaus. Am auffallendsten war die Steigerung in der Nahrung- und Genußmittelindustrie, die diesmal annähernd den sechsten Teil der gesamten Kapitalsansprüche von sich aus forderte. Selbst die Unternehmunglust im Montangewerbe bleibt dahinter zurück. Recht erheblich sind die Investierungen im Metall- und Maschinengewerbe, wenn sie auch eine starke Abnahme gegen das Vorjahr bekunden. Als Gewerbezweige mit starkem Kapitalbedarf seien nur noch die Banken sowie die Verkehrsgesellschaften hervorgehoben. Ganz in die letzte Reihe traten demgegenüber die Geldansprüche der Textilindustrie.

Unter den für November 1912 verzeichneten Neugründungen sind 68 mit 5,93 Mill. M. Aktienkapital auf Umwandlungen bestehender Firmen zurückzuführen. Aktiengesellschaften befinden sich nicht darunter, durchweg wurden die Unternehmungen als Gesellschaften m. b. H. im Handelsregister eingetragen. Endlich bleibt mitzuteilen, daß zwei Gesellschaften im Berichtsmonat eine Herabsetzung ihrer Kapitalien beschlossen. Beide als Aktiengesellschaften finanziert, beschlossen sie ihr Nominalkapital statt wie bisher auf 2,45 Mill. M. nunmehr auf 1,55 Mill. M. festzusetzen.

Belgrader Eindrücke.

Von Dr. **Otto Neurath**-Wien.

Während meines ersten Aufenthaltes in Belgrad zur Zeit der Mobilisierung und während meines zweiten zu Beginn des Krieges sprach man fast nur von wirtschaftlichen Zielen, während in Bulgarien die politischen und nationalen im engeren Sinne überwogen. Dort immer der Hinweis auf Oesterreich-Ungarn, das die Serben nicht leben lasse, dessen Umklammerung man sich durch einen Ausweg ans Meer entziehen müsse, hier der Hinweis auf die nach Tausenden zählenden mazedonischen Flüchtlinge, auf die von den Türken in Mazedonien an den Stammesgenossen verübten Greueltaten, die man rächen, vor deren Wiederholung man die Brüder schützen müsse. Nicht als ob man in Serbien die Vertreibung der Konnationalen aus Alt-Serbien unerwähnt gelassen hätte, aber das trat mehr in den Hintergrund. Bei meinem dritten Aufenthalt in Belgrad nach den großen Siegen der Balkanstaaten forderte man zwar noch immer auch aus wirtschaftlichen Motiven den Ausgang ans Meer, wobei manche auf den Korridor und den eigenen Hafen das Hauptgewicht legten; aber die breiten Massen der Bevölkerung und viele führende Männer verlangten ungestüm die vollständige Okkupation Albaniens. Die Freude an der Vergrößerung des Reichs spielte dabei eine große Rolle, aber auch das unbestimmte Gefühl, irgendwie sich zu rächen für alles Böse, das Albaner, von der türkischen Regierung unterstützt, den Serben zugefügt hatten. Nur die Erinnerung an alte Greuel kann zum Teil die Erbitterung und die Brutalität entschuldigen, mit der die siegreichen Serben nach eigenem Zugeständnis vielfach vorgegangen sind. Die Okkupation Albaniens bedeutet zunächst für sie kein wirtschaftliches Ziel, sie wollen vielmehr jene Stämme in ihre Hand bekommen, deren Gegnerschaft in der Zukunft sie vielleicht nicht ganz mit Unrecht fürchten. Nicht als ob Albanien durchaus unfruchtbar wäre, aber bis auf recht lange hinaus ist es weder landwirtschaftlich noch montanistisch ausnützbar, und es müßte wohl erst eine gründliche Reform vorausgehen, bis überhaupt ein erheblicher Erfolg erzielt werden kann. Straßen und Eisenbahnen mangeln gänzlich. Das Volk steht auf einer niedrigen kulturellen Stufe, Stammes- und Familienfehden sind nichts Seltenes. Ueber die Bodenschätze ist man nur unzureichend orientiert, ebenso über die Möglichkeiten, welche in den Bewohnern stecken. Wenn die Monarchie sich der Okkupation Albaniens widersetzt, so geschieht dies wohl vorwiegend aus politischem Interesse. Die Albanesen erscheinen bereits heute vielen als die natürlichen Bundesgenossen bei jedem zukünftigen Balkankonflikt. Auch fürchtet man, daß die Serben als Bewohner einer Adriaküste einen erheblichen Einfluß auf die Südslaven der Monarchie gewinnen dürften, während man den Einfluß Montenegros, der z. B. in Süddalmatien zweifellos auch besteht, nicht für so groß hält. Aber auch wirtschaftliche Momente spielen eine gewisse Rolle. Durch Albanien will man mehrere Bahnlinien legen, so denken manche noch immer an eine Verbindung Dalmatiens über Medua, Dibra mit Saloniki einerseits, mit Griechenland andererseits. Es liegen Bahnprojekte vor, die Mittelalbanien mit jenen Teilen Südalbaniens verbinden sollen, welche voraussichtlich den Griechen zufallen werden; die griechischen Einflüsse konzentrieren sich insbesondere um Janina herum und haben bereits erreicht, daß die griechische Sprache erhebliche Fortschritte gemacht hat. Von diesen neuen Bahnen erhofft man aber nicht nur eine Verbindung mit Saloniki und mit dem Piräus und so indirekt mit Alexandrien, sondern auch eine Entwicklung des Bedarfs nach westeuropäischen Artikeln. Wie weit diese Bestrebungen der Monarchie mit den Interessen Italiens in Konflikt kommen können, läßt sich bis jetzt nicht übersehen. Manche freilich erwarten ein zweites Schleswig-Holstein.

Es ist sehr begreiflich, daß in Serbien gegenwärtig Oesterreich-Ungarn glühend gehaßt wird, daß man in vielen Kreisen in ihm den Erbfeind erblickt, der den Serben alles Böse zufügen wolle. So kann man selbst von recht maßvoller Seite die Behauptung hören, die Monarchie habe die mohammedanische Auswanderung aus Bosnien begünstigt, weil sie wußte, die Türken würden die Auswanderer vor allem in Altserbien ansiedeln und zu diesem Zweck Serben von Grund und Boden vertreiben, eine Deutung, die vor allem der offenbar mohammedanerfreundlichen Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung widerspricht. Zwei Dinge hat man in Serbien nicht vergessen, daß Aehrenthal seine Zusage nicht eingehalten hatte und daß die Veterinärmaßregeln rein politischen Zwecken dienten; es ist etwas Wahres daran, wenn man die Aeußerung hört: „Bei euch ist das so: paßt einer unserer Minister nicht in euren Kram, gleich heißt es: in Leskowacz ist ein Schwein krepiert.“

Kurzum die Mißstimmung ist augenblicklich sehr groß, und es fragt sich, in welcher Weise der Rückweg gefunden wird. Dadurch, daß die Monarchie sich über ihre Ziele nur in politischer Hinsicht präzise geäußert hat, indem sie für den albanischen Volksstamm die Autonomie verlangte; hingegen offiziell keine Erklärung darüber abgegeben hat, wie sie sich zur Hafen- und Bahnfrage im einzelnen stellt, hat sie es der Regierung Pasic nicht eben erleichtert, ihre bisherige Stellungnahme zu ändern. Es ist nicht gut anzunehmen, daß Pasic vor

sein Volk tritt und ihm sagt: wir haben gekämpft, wir haben gesiegt, aber den Weg an die Adria haben wir nicht bekommen. Mit einem Rücktritt des jetzigen Ministerpräsidenten kann man aber zunächst wohl nicht rechnen. Uebrigens könnte dadurch die Situation noch verschärft werden, weil die Autorität der Armee so groß ist, daß selbst ein militärisches Ministerium nicht ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Die österreichisch-ungarische Regierung stellt sich eben, wie es scheint, auf den Standpunkt, die serbische Regierung müsse zunächst einmal die Autonomie Albaniens anerkennen, und dann anfragen, was man von seiten der Monarchie zu bieten habe. Durch eine internationale Botschafterreunion ist freilich insofern der Ausweg etwas erleichtert, als die Aussprache für Serbien eventuell weniger demütigend ist. Es wäre auch nicht ausgeschlossen, daß unter den vielen Vorschlägen, welche die Monarchie zur Reserve bereit hält, sich auch ein für die Serben günstigerer befindet, der dazu bestimmt ist, der Monarchie von den Mächten durch langes Zureden abgerungen zu werden, doch einen Korridor mit eigenem Hafen dürfte die Monarchie den Serben kaum zugestehen. Aber das sind vage Vermutungen. Vorläufig scheint die Situation noch durchaus ungeklärt. Doch spricht alles für eine friedliche Regelung der schwebenden Fragen, weil man in Oesterreich-Ungarn wohl auch im Falle eines siegreichen Krieges nicht genau wüßte, was man eigentlich beginnen solle. Das politische und wirtschaftliche Programm ist zu unbestimmt und vor allem sind die Probleme im Innern zu ungeklärt. Was sollte z. B. mit einem eroberten Serbien geschehen? Sollte man es, wie Bosnien, zu einem Reichsland machen, wobei die Schwierigkeiten, denen man dort begegnet ist, in weit bedenklicherer Ausdehnung wieder auftauchen würden. Deutschland dürfte einen Sieg über Rußland eher zu nutzen wissen.

Die kommerziellen Zustände Serbiens haben sich seit Kriegsbeginn wenig verändert. In den Belgrader Kaufläden ist der Umsatz recht klein, nur langsam beginnt man wieder mit den Lieferanten in Fühlung zu treten. Eine Zeitlang schien es, daß ein Boykott österreichisch-ungarischer Waren drohe, doch hat sich zunächst wieder alles beruhigt. Es besteht im Gegenteil das Bestreben der Kaufmannschaft, die Handelsbeziehungen nach Beilegung des Konfliktes möglichst rasch wieder aufleben zu lassen. So befanden sich z. B. Abgesandte der Belgrader Handelskammer in Wien, um mit der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer in Fühlung zu treten. Eines läßt sich schon jetzt deutlich erkennen, die Serben sind fest entschlossen, mit möglichst vielen Ländern gleichzeitig Export- und Importbeziehungen zu unterhalten. Insbesondere die Berücksichtigung Deutschlands kann man häufig bemerken, daneben kommt auch Italien in Betracht. Rußlands Versuche, auch als Importeur eine Rolle zu spielen, haben keine große Aussicht auf Erfolg, doch muß die Tatsache verzeichnet werden, daß eine größere Quantität Schienenmaterial für die Donau-Adria-Bahn geliefert wurde.

Vom Balkanzollverein hört man nicht viel. Jedenfalls ist die Begeisterung für ihn nicht sehr groß. Er kommt für den Handel zwischen den einzelnen Balkanstaaten weniger in Betracht, da diese im großen und ganzen auf derselben wirtschaftlichen Stufe stehen. Besondere Vorteile winken weder dem Kaufmann, noch dem Industriellen oder dem Landwirt. Hingegen dürfte der Nutzen eines Zollvereins bei Handelsvertragsverhandlungen mit dritten Staaten deutlich zutage treten. Im ganzen scheinen die Bulgaren mehr für ihn eingenommen zu sein als die Serben, für Griechenland würde er größere Bedeutung wohl erst erlangen, wenn die Bahn von Larissa nach Saloniki und Monastir führt. Doch spricht viel dafür, daß man Griechenland überhaupt nicht einbeziehen würde. Ziemlich gesichert erscheint die wirtschaftlich wenig bedeutsame Zollvereinigung zwischen Serbien und Montenegro.

Die Angliederung neuer Gebiete an die Balkanstaaten wird wohl für die europäischen Staaten eine Absatzerweiterung zur Folge haben, muß man doch damit rechnen, daß nun viel für die kulturelle Hebung dieser Länder geschehen wird, insbesondere wird die Technik der Bodenbearbeitung verbessert, die Viehzucht auf einen höheren Stand gebracht werden. Aber es dauert wohl noch einige Zeit, bis die Schäden des Krieges überwunden sind. Freilich muß man sich immer vor Augen halten, daß die Balkanstaaten zum Teil schon aus politischen Gründen, um die unbotmäßigen Elemente möglichst unschädlich zu machen, Repatriierungen großen Stils vornehmen dürften, indem sie den geflohenen mazedonischen Familien ihre alten Grundstücke wiedergeben wollen, wobei es nicht ohne erhebliche Störungen abgehen dürfte, die einer ruhigen Entfaltung nicht förderlich sind. Doch kann man bereits in den ersten Jahren wohl mit einer kulturellen Hebung rechnen. Insbesondere beabsichtigen Serben und Bulgaren, eine kräftige, zielbewußte Administration einzuführen, nicht nur die kampflustigen Bewohner Mazedoniens und Altserbiens zu entwaffnen, sondern auch für ein geordnetes Polizeiwesen Sorge zu tragen.

Man ist sich zwar in Belgrad der großen Schwierigkeiten bewußt, welche alle diese Reformen notwendig bereiten. Leitende Staatsmänner glauben, daß ein paar Jahrzehnte nötig sein werden, um diese Länder auf jene Stufe zu bringen, welche Serbien heute erreicht hat, aber man trifft bei der ganzen Bevölkerung auf die Ueberzeugung, einer solchen Aufgabe gewachsen zu sein, und ein großer belgrader Kaufmann zeigte mir voll Stolz sein erweitertes Warenmagazin mit den Worten: das ist für Groß-Serben bestiimmt. So begegnet man überall Selbstvertrauen und Unternehmungluſt, freilich gelegentlich auch allen Fehlern, die mit diesen Vorzügen so gerne verbunden sind.

Revue der Presse.

Eine interessante tabellarische Zusammenstellung über

Balkankrieg und Rentenkurse

bringt die Tägliche Rundschau (8. Dezember). Eine Gegenüberstellung der Kurse vom 7. Dezember und 2. Januar d. J. zeigt, daß unter den politischen Wirren des zu Ende gehenden Jahres am stärksten serbische und österreichische Rentenwerte gelitten haben. Die 4 % Serben haben seit dem Jahresanfang 8,30 % und die 4½ % Goldserben 5,05 %, die österreichische Kronenrente 8,10 %, die 4 % ungarische Kronenrente 7½ % und die 4 % ungarische Goldrente 5¾ % eingebüßt. Deutsche Anleihen schneiden ebenfalls mit bedeutenden Kursverlusten ab; die 4%ige Reichsanleihe notiert heute 2 %, die 3½%ige 3,55 % und die 3%ige sogar 5,10 % niedriger als zum Jahresbeginn. Besser behaupten konnten sich 3%ige französische Rente (— 0,55 %) und englische Konsols (— 1,81 %). Die Unifizierten Türken verloren 3½ %, 6%ige Bulgaren 1 %. Die 5%igen Russen von 1906 und die 4%igen von 1902 notieren 2,10 resp. 2¾ % niedriger. Die einzigen Rentenwerte, die eine Erholung zu verzeichnen haben, sind 4%ige (Monopol) und 5%ige Griechen, mit Kursaufbesserungen von 2,30 und ½ %. — Die Vossische Zeitung (5. Dezember) kritisiert die Aufforderung der Nowoje Wremja zur

Rückziehung russischer Guthaben aus Deutschland.

Auf eine derartige Maßnahme könnte der deutsche Kapitalmarkt, auf den das stark verschuldete Rußland — wie sich noch vor einiger Zeit bei Finanzierung der neuen Eisenbahnbauten zeigte — durchaus angewiesen ist, in einer für Rußland sehr unliebsamen Weise reagieren. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß wirtschaftlich einsichtige Kreise in Rußland die chauvinistische Aufforderung des Blattes überhaupt ernst nehmen werden, denn der auf Deutschland entfallende Betrag der 262½ Mill. Rubel Goldguthaben, die Rußland am 16. November a. St. im Ausland hatte, ist dort aus wohlverstandenen eigenen Interessen und mit Rücksicht auf die Gestaltung der Zahlungbilanz und der Wechselkurse placiert. — Anläßlich der Einbringung des Petroleummonopolgesetzentwurfes in Deutschland gibt die Berliner Morgenpost (30. November) eine Uebersicht über die

Monopole in allen Ländern.

Frankreich, Italien und Oesterreich haben ein Tabaksmonopol, dazu die beiden erstgenannten noch ein Zündhölzchenmonopol. Rußland hat den Branntwein- und Brasilien den Kaffeehandel monopolisiert. Daneben kommen noch für Frankreich das Salzmonopol, für Dänemark der Eisbär- und Seehundsfellhandel und in Montenegro die Ansichtskartenfabrikation. Neben Amerika, dem Lande der Privatmonopole, in dem u. a. Petroleum, Kupfer, Tabak und Fleischhandel völlig in den Händen großer Trusts liegen, sind als interessante Erscheinungen zu erwähnen, daß in Deutschland das Bankhaus Mendelssohn den Handel in Gold ausschließlich beherrscht und die Rothschilds, die schon seit Jahrzehnten große Quecksilberminen besitzen, den Quecksilberhandel der Welt in ihren Händen vereinigt haben. — Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (7. Dezember) gibt einen interessanten Fall vom

Einfluß der Banken auf Industriebestellungen

wieder. In einem Zirkular fordert eine Großbank ihre als Abnehmer für Werkzeugmaschinen in Betracht kommende Kundschaft auf, ihren Bedarf bei einer der Bank befreundeten Fabrik zu decken. Abgesehen von der — leider nicht mehr ganz ungewöhnlichen — Form dieser Empfehlung sei dem Vorgehen der Bank schon deshalb nicht beizupflichten, da durch eine derartige Hilfsaktion einer Bank für eine ihr wahrscheinlich verschuldete Firma die der gleichen Branche angehörigen Kunden der Bank benachteiligt werden können. — An Hand des soeben dem Reichstage zugegangenen Berichtes des deutschen Reichskommissars bespricht die Berliner Morgenpost (29. November) die

Geschäftsergebnisse der brüsseler Weltausstellung.

Soweit sich zahlenmäßig erfassen läßt, wieviel Aufträge den Ausstellern direkt durch ihre Teilnahme an der Weltausstellung zugeflossen sind, wird die Summe dieser Lieferungaufträge mit rund 7 Mill. ℳ angegeben, wobei die nicht unbedeutenden Bauaufträge an deutsche Firmen für die Ausstellung selbst, sowie die später aus einer Fortdauer der neuen Geschäftsverbindung resultierenden Aufträge nicht miteinbezogen sind. Auf den auf der Ausstellung hereingeholten Aufträgen ruhen jedoch infolge der außerordentlich hohen Ausgaben, die bei der Beschickung einer Weltausstellung den einzelnen Firmen stets trotz des Entgegenkommens des Staates entstehen, Spesen in Höhe von reichlich 50 %, so daß der finanzielle Wert einer solchen Ausstellung — zumal, wenn die lang andauernden Störungen im Betriebe berücksichtigt werden, nicht allzu hoch einzuschätzen ist. Anders verhält es sich jedoch mit den nicht ziffernmäßig zu erfassenden moralischen Erfolgen, die unzweifelhaft erzielt worden sind und die auch in der Hauptsache immer wieder eine Beschickung derartiger pekuniär wenig einträglicher Veranstaltungen opportun erscheinen lassen. Wie das referierende Blatt hinzufügt, häufen sich jedoch in letzter Zeit Weltausstellungen mehr als ihrem Ansehen zutunlich ist; zur Beurteilung der industriellen Fortschritte, die jedes Land gemacht hat, genüge es durchaus, wenn alle zehn Jahre eine große internationale Industrie-

schau stattfinden würde. — Ueber die für den Grundstücksmarkt und speziell für die Frage der Beschaffung zweiter Hypotheken recht bedeutsame Gründung einer

Ausbietunggarantiegenossenschaft

berichtet Dr. Martin Wallach in der Handels-Revue (29. Nov.). Sehr viele Kapitalisten scheuen gegenwärtig die Anlage flüssiger Gelder in zweiten Hypotheken, weil sie fürchten, bei der Subhastation gegebenenfalls, um nicht erhebliche Ausfälle zu erleiden, das Haus im Zwangsverfahren erstehen zu müssen. Hiermit ist neben den beträchtlichen Kosten für eine ganze Reihe von Abgabeleistungen an Staat und Kommune usw., sowie der für einen Privatmann recht mühseligen Arbeit auch meist die Notwendigkeit von Neuinvestierungen von Kapitalien in das Haus verknüpft, die nicht jedem zur Verfügung stehen; werden doch sehr oft bei der Zwangsversteigerung die in das Gebot fallenden Hypotheken fällig und müssen erneuert werden. Der Notwendigkeit, das Grundstück zu übernehmen, wird jedoch der Hypothekengläubiger enthoben, dem von dritter Seite eine Ausbietungsgarantie, d. h. das rechtsgültige Versprechen, in der Versteigerung die zweite Hypothek auszubieten und für alle entstehenden Ausfälle auszukommen, geleistet worden ist. Darum ist es im Interesse des Grundstücksmarktes zu begrüßen, daß die schon seit längerer Zeit datierenden Bestrebungen in Berlin eine Zentrale für die Uebernahme von Ausbietunggarantien für gute Objekte zu schaffen, nun endlich durch die Begründung einer Genossenschaft mit Erfolg gekrönt worden sind. An dem Zustandekommen der Ausbietunggarantiegenossenschaft, die in Kürze ihre Tätigkeit aufnehmen soll, ist der Bund der berliner Hausbesitzer in hervorragender Weise beteiligt gewesen. — Die neue

deutsche Bromkonvention,

die am 20. November zustande gekommen ist, behandelt der Berliner Börsen-Courier (3. Dezember). Die Konvention ist trotz großer Schwierigkeiten, die u. a. aus der Ausnahmestellung der Halleschen Kaliwerke resultieren, die Outsiderverträge mit der Nitritfabrik Köpenick abgeschlossen hatte, wieder zustande gekommen, weil sämtliche Kontrahenten einsahen, daß nur auf der Basis einer Konvention ein rentables Arbeiten in der Bromindustrie möglich wäre. Gegenwärtig umfaßt nun die neue Konvention sämtliche Bromfabrikanten; auch die Halleschen Kaliwerke sind schließlich beigetreten. Immerhin ist damit aber die Gefahr des Entstehens von Außenseitern, die eine ruinöse Wirkung auf die Brompreise ausüben könnten, noch nicht beseitigt, denn es entstehen immer neue Kaliwerke, von denen einige, die dabei ein ganz besonderes Geschäft zu machen glauben, sich vielleicht weigern können, der Konvention beizutreten. Allerdings liegt auch in dem Hinzutreten allzu zahlreicher junger Werke zur Konvention eine ernste Gefahr, deren sich die jetzigen Mitglieder wohlbewußt sind; enthält doch der neue Vertrag die Klausel, daß den einzelnen Werken die Kündigung der Bromkonvention gestattet sein soll, wenn ihre Quote durch den Hinzutritt neuer Werke um 20 % fallen sollte. Auf jeden Fall muß aber im Interesse der Kaliindustrie, die nur wenig Nebenprodukte hat, eine möglichst lange Dauer der Konvention herbeigewünscht werden; würde doch ihre Auflösung auch die der Chlormagnesiumkonvention bedeuten, was der Kaliindustrie einen jährlichen Verlust von 5 Mill. ℳ pro Jahr verursachen würde. — Vor kurzem (S. 925) gaben wir in einer Notiz über

Angestelltenvertreter in Generalversammlungen

einen Artikel der Kölnischen Volkszeitung wieder. Hier wurde gesagt, daß eine Anzahl ehemaliger Angestellter der Orenstein & Koppel A.-G. sich unter Assistenz einer Großbank eine eigene Zentralstelle zur Bearbeitung von in das Feldbahnfach schlagenden Aufträgen errichtet hätten und sogar jetzt mit einer pariser Filiale das französische Absatzgebiet in Anspruch nähmen. Wie hierzu die Orenstein & Koppel A.-G. nunmehr der Kölnischen Volkszeitung schreibt, ist ihr von dieser Angestelltengründung nichts bekannt. — Der Berliner Börsen-Courier (5. Dezember) behandelt in sehr instruktiven tabellarischen Aufstellungen die

Entwicklung des deutschen Versicherunggeschäftes im Jahre 1911.

Das Gesamtvermögen der in die Zusammenstellung einbezogenen 42 Gesellschaften erfuhr im Laufe des Jahres einen Zuwachs von 339,3 Mill. ℳ und stellte sich zum Jahresschluß auf 5,5 Milliarden ℳ. Hiervon entfallen auf Werte, die durch Hypotheken, Grundbesitz, Effekten, Policendarlehen usw. gedeckt sind, 5,25 Milliarden ℳ. Auf Hypotheken allein entfallen 4,38 Milliarden ℳ. Dem standen an Verpflichtungen gegenüber 5,34 Milliarden ℳ, wovon allein auf Prämien, Reserven und Ueberträge 4,36 Milliarden entfallen, so daß sich ein Gesamtüberschuß über die Passiva von rund 160 Mill. ℳ ergibt. Besonders breiten Raum nimmt in der Darstellung die Volksversicherung ein; im letzten Jahre hat sich dieser Geschäftszweig, der 1910 ein wenig zurückgeblieben war, wieder bedeutend gehoben. Es wurden im ganzen 1,01 Mill. neue Policen mit einer Versicherungsumme von rund 231 Mill. ℳ ausgestellt gegen 960 000 Policen im Jahre 1910 und 928 000 in 1907. Gleichzeitig stieg die Durchschnittsversicherungsumme von 201 in 1907 und 219 in 1910 auf 229 ℳ. — Die Frankfurter Zeitung berechnet in ihrer Uebersicht über die

Börsenkurse im November 1911

die Inderziffer, die den Durchschnittskurs für die Hälfte des an der berliner Börse zum Handel zugelassenen Kapitals angibt auf 99,59 gegen 99,54 im Vormonat und 102,67 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Kurse haben sich also nach der Oktoberkrise nur unbedeutend gehoben. Von der Besserung des Kursniveaus sind lediglich die Dividendenwerte erfaßt worden, deren Durchschnittskurs sich auf 155,19 gegen 154,63 im Vormonat und 162,24 im November 1911 berechnet. Besonders haben von den Kurs-

gewinnen die Aktien der chemischen Industrie profitiert, deren Durchschnittskurs 382,49 gegen 377,54 resp. 382,89 ist. In weiter stark absteigender Kurve bewegt sich der Kurs für die Aktien des Baugewerbes; der von 102,01 im Vormonat und 124,72 im Vorjahr nunmehr auf 97,61 zurückgegangen ist. Festverzinsliche Werte sind im Gegensatz zu Dividendenwerten im Durchschnitt weiter zurückgegangen; die Indexziffer stellt sich auf 90,61 gegen 90,65 resp. 93,55. Die stärkste Einbuße auf diesem Marktgebiet erlitten industrielle Obligationen, deren Kursstand sich von 97,67 resp. 99,62 auf 97,26 ermäßigte. — In der B. Z. am Mittag (10. Dezember) macht Richard Stern, Valparaiso, auf das

Vordringen der Union nach Südamerika

aufmerksam. Die Vereinigten Staaten gehen seit den Tagen des Staatssekretärs Root durchaus systematisch in ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Hegemonie in Südamerika zu erringen, vor; gegenwärtig sind es neben Mexiko besonders Nicaragua und Ecuador, die sich der Angriffe der Vereinigten Staaten zu erwehren haben. In Konsequenz ihrer Monroedoktrinparole sind die Nordamerikaner bei ihren Expansionsversuchen überall bestrebt, fremden industriellen Konkurrenten den Boden unter den Füßen zu entziehen; gegen die deutsche Industrie, die in den letzten 30 Jahren mit großem Erfolg das bis dahin unbeackerte südamerikanische Terrain in Angriff genommen hat, richten sich deshalb Angriffe, die mit der Zeit recht heftig zu werden drohen. Erfreulich ist unter diesen Umständen nur, daß seitens der südamerikanischen Staaten eine scharfe Gegnerschaft gegenüber den nordamerikanischen Angriffsgelüsten besteht, die vielleicht in absehbarer Zeit zu dem schon oft geplanten Abwehrbündnis der drei großen Staaten Brasilien, Argentinien und Chile führen wird.

Aus den Börsensälen.

Es ist merkwürdig, wie sich die Börsentendenz seit etwa zwei Wochen verändert hat, ohne dass man dies aus dem Kurszettel vollständig ersehen kann. Die Kurse zeigen nur ein leichtes Abbröckeln, keineswegs einen scharfen Rückgang. Aber die Stimmung ist in den Börsenkreisen erheblich pessimistischer als sie es vor wenigen Wochen gewesen ist. Dass die Kurse an den Terminmärkten nicht stärker zurückgegangen sind, erscheint unter diesen Umständen auffällig. In der Hauptsache dürfte es wohl damit zusammenhängen, dass die Baisseengagements zugenommen haben; naturgemäss sind auch die Haussepositionen seit dem Oktober geringer geworden. Es bleibt nach wie vor zu berücksichtigen, dass eine sehr grosse Zahl von Effektenbesitzern die Bestände immer noch nicht realisiert, weil erwartet wird, dass die Differenzen in der auswärtigen Politik bald eine Beilegung erfahren und alsdann der industrielle Aufschwung ungehindert seinen Fortgang nehmen kann. Diese Auffassung verliert jedoch in dem Masse an Anhängern, in dem die politische Krisis sich in die Länge zieht.

* * *

Trotzdem die Kurse der Terminpapiere keinen grossen Rückgang erfahren haben, ist doch, abgesehen von der ungünstigeren Stimmung, die an der Börse vorherrschend ist, noch auf eine andere Veränderung hinzuweisen. Es tritt nämlich ein noch grösserer Mangel an Käufern hervor als bisher. Wir haben in den letzten Wochen mehrfach beobachten können, dass auf einige Tage der Abschwächung eine Reaktion folgte; hierdurch wurden die grossen Schwankungen der Kurse veranlasst. Gegenwärtig ist jedoch zu konstatieren, dass selbst an den Tagen, an denen die Börse in einer gut behaupteten Tendenz eröffnete, schon nach einer Stunde die Kursavancen wieder verloren gingen. Die Ursache hierfür ist in der veränderten Auffassung der Börsenkreise zu suchen. Die Befestigung, die in der zweiten Hälfte des Oktober und während einiger Wochen des November in Reaktion auf die vorherige Abschwächung eingetreten war, wurde zum allergeringsten Teil durch Käufe des Privatpublikums, in der Hauptsache vielmehr durch Käufe der berufsmässigen Spekulation herbeigeführt. Da in deren Reihen gegenwärtig aber sehr wenig Neigung zu Effektenkäufen besteht, so hat der Markt an Widerstandsfähigkeit eingebüsst. Infolgedessen sind die Schwankungen der Kurse geringer geworden; gleichzeitig hat aber auch die Gefahr eines stärkeren Rückschlages zugenommen. Durch die Knappheit am Geldmarkte wird die Börsenspekulation allerdings gezwungen, in bezug auf die Ausführung von Effektenkäufen zurückhaltender zu sein. Sie ist sich im allgemeinen darüber im klaren, dass sich die Prolongation am Ende des Jahres recht schwierig gestalten wird, und sie trifft daher jetzt schon umfassende Vorbereitungen. Vielfach besteht allerdings die Hoffnung, dass zu Beginn des neuen Jahres stärkere Rückflüsse erfolgen werden und nur die Befriedigung des Dezemberbedarfs auf Schwierigkeiten stossen müsse. In der Regel zeigen in der Tat die Zinssätze im Januar eine sinkende Tendenz; aber diesmal wird es doch besonders darauf ankommen, ob die politische Situation inzwischen eine Klärung erfahren hat oder nicht. Die gegenwärtige Knappheit an Zahlungmitteln ist zu einem sehr grossen Teile durch die Abhebung von Spargeldern hervorgerufen worden; fliessen diese Summen im Januar nicht wieder in die Kassen der Banken zurück, so ist zu befürchten, dass wir mit den hohen Zinssätzen für eine längere Zeit zu rechnen haben, als es die Börse augenblicklich vermutet. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Insolvenzen im Warenhandel, die jetzt mehr und mehr hervortreten, keineswegs zu einer Entlastung der Banken führen, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Festlegung der flüssigen Mittel.

* * *

Sehr beachtenswert ist auch die Tatsache, dass der Kassa-Industriemarkt an den ersten Tagen dieser Woche eine weit schwächere Tendenz aufwies als die Terminmärkte. Hier fehlt es an Baissepositionen, und so genügten häufig geringe Beträge selbst in den besten Papieren, um grosse Kursermässigungen herbeizuführen. Zu einem allerdings nur kleineren Teile sind die Kurse bereits unter das niedrigste Niveau des Monats Oktober zurückgegangen, d. h. unter den Stand derjenigen Notierungen, die am 12. und 14. Oktober erreicht wurden, als die grossen exekutiven Verkäufe stattfanden. Schwach lagen besonders wieder die Aktien der sächsischen Maschinenfabriken, da diese in der Hauptsache Maschinen für die Textilindustrie herstellen und in verschiedenen Zweigen der sächsischen Textilindustrie sich die Balkanwirren empfindlich fühlbar machen. Auch hat ja gerade in Sachsen die Ueberspekulation einen grossen Umfang angenommen. Ferner wurden die Aktien solcher Unternehmungen, die Luxusartikel herstellen, von der Börsenspekulation verkauft; zum Teil auch in Blanko. Aus diesem Grunde verzeichneten Carl Lindström-Aktien einen grösseren Rückgang. Der Export in Sprechmaschinen hat schon bis zum September d. J. ziemlich stark abgenommen; im Oktober ist er allerdings wieder etwas grösser gewesen. Der Rückgang der Ausfuhr entfiel hauptsächlich auf Oesterreich-Ungarn und Russland, und es scheinen auch die politischen Verhältnisse schon ihren Einfluss ausgeübt zu haben. Es ist selbstverständlich, dass eine Einschränkung des Konsums sich in erster Reihe auf solche Artikel erstreckt, die nicht zur Befriedigung des notwendigen Gebrauches erforderlich sind, sondern gewöhnlich nur in den Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwunges gekauft werden. Die Carl Lindström-Akt.-Ges. hat für das laufende Geschäftsjahr eine Dividende von wieder 20 % in Aussicht gestellt. Der gegenwärtige Kursstand kündet aber bereits an, dass die Spekulation für das nächste Jahr schon jetzt einen Rückgang des Erträgnisses erwartet. Die Einigung im Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikat und die gleichzeitig vorgenommene Preiserhöhung hat die Börse überrascht, aber dennoch keine anhaltende Kurssteigerung hervorzurufen vermocht. Unmittelbar an dem Tage, an dem die Verlängerung des Syndikates bis Ende 1913 bekannt wurde, trat eine Kurssteigerung ein, doch schon am nächsten Tage hatte das Interesse nachgelassen. Ohne Zweifel werden die meisten Zementfabriken im laufenden Jahre grössere Gewinne erzielt haben als im Vorjahre. Eine andere Frage ist jedoch, ob die Dividenden eine stärkere Erhöhung erfahren werden. Mit Sicherheit weiss man dies nur von den meisten schlesischen Werken und von einzelnen Gesellschaften anderer Reviere. Im allgemeinen dürfte das Bestreben vorherrschen, Gewinne zu verstecken, um nicht noch weiterhin neue Konkurrenz anzulocken. Trotz der Beilegung der Prozesse zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat und einigen seiner Mitglieder bleibt noch immer die Schwierigkeit bestehen, im nächsten Jahre die Einigung mit den Outsidern zustandezubringen. Von der Entscheidung über diese Frage wird die Erneuerung des Syndikats über das nächste Jahr hinaus zu einem grossen Teile abhängig sein.

* *
*

Einen sehr schlechten Abschluss hat die Rositzer Zuckerraffinerie, Akt.-Ges. veröffentlicht; dass eine Herabsetzung der Dividende eintreten werde, war nach einer früheren Erklärung der Verwaltung zu erwarten, und in der letzten Zeit war auch bereits bekannt geworden, dass die Aktionäre überhaupt kein Erträgnis erhalten werden, nachdem die Gesellschaft für das Jahr 1910/11 noch 10 % Dividende ausgeschüttet hatte. Dieser erhebliche Rückgang ist aber nicht so sehr auf die Ermässigung der Zuckerpreise zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf ein schweres Verschulden der Verwaltung. Diese hat im vorigen Jahre sehr erhebliche Bestände an Rohzucker aufgestapelt, ohne entsprechende Terminverkäufe in raffiniertem Zucker vorzunehmen, obgleich dies, allerdings nicht im offiziellen Markte, möglich ist. Als die Preise seit dem Herbst 1911 zurückgingen, musste das Unternehmen infolge der verfehlten Spekulation Schaden erleiden. Anstatt nun hiervon den Aktionären wenigstens Mitteilung zu machen, benutzten die Eingeweihten den hohen Kurs zu Verkäufen in den Aktien, und es wurden sogar im Laufe des Geschäftsjahres mehrfach wahrheitwidrige Angaben gemacht. Im Geschäftsbericht versucht die Gesellschaft, den Verhandlungen über die Brüsseler Zuckerkonvention die Schuld beizumessen, während in Wirklichkeit der Preisrückgang ihr gar keinen Schaden hätte zuzufügen brauchen. Die Zuckerraffinerie hat im laufenden Jahre einen Verlust von 192 199 ℳ erlitten, und nur durch die Abstossung von 400 000 ℳ Aktien der Chemischen Fabrik Hönningen, die einen Buchgewinn von 204 000 ℳ eingebracht hat, ist es der Gesellschaft möglich gewesen, ohne eine Unterbilanz abzuschliessen. Die Aktionäre sollten nicht zögern, die Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen; nicht bloss wegen der falschen Auskunfterteilung, sondern auch deshalb, weil sie die Spekulationen der Direktion nicht verhindert hat. Ferner aber wäre Aufklärung über eine ganze Reihe von Punkten notwendig; so z. B. über die Erhöhung des Bestandes an Aktien der Zechau-Kriebitzscher Braunkohlenwerke, die Rositz zum Kurse vom 30. September in die Bilanz eingestellt hat, obgleich inzwischen ein Rückgang um etwa 12 % eingetreten ist, der einen weiteren Buchverlust von 171 622 ℳ für Rositz bedeutet. Die Käufe in den Aktien dieses Unternehmens mögen einem Mitgliede der Verwaltung gewiss sehr angenehm gewesen sein, weil es auf diese Weise in die Lage gekommen ist, den eigenen Effektenbestand zu verringern. Die Aktionäre haben aber Schaden erlitten. Vollkommen unverständ-

lich ist auch die weitere Zunahme der Inventurbestände; sie ist um so auffälliger, als die Gesellschaft selbst erklärt hat, dass sie im vorigen Geschäftsjahre geringere Quantitäten von Rohzucker verarbeitet hat.

* *
*

In die Kritik, die ich im vorigen Heft des Plutus“ an die Finanztransaktion zwischen den Rütgerswerken und den Planiawerken geknüpft habe, hat sich ein kleiner Irrtum eingeschlichen. Versehentlich habe ich behauptet, dass nicht die Direktion von Plania den Umtausch der Aktien befürwortet habe, sondern nur das Bankenkonsortium. In Wirklichkeit hat auch die Direktion unter die Aufforderung zum Umtausch der Aktien den Vermerk gemacht, dass sie ihn den Aktionären empfehle. An der Auffassung über die beabsichtigte Verschmelzung ändert dieses Versehen nicht das mindeste.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Der kranke Eispalast. Im Jahre 1908 wurde in Berlin mit einer grossen Festivität der Eispalast in der Lutherstrasse eröffnet. Als ich mir damals erlaubte, an der Rentabilität des Unternehmens zu zweifeln, musste ich die bittersten Vorwürfe einstecken, und in der Tat schien es ja zunächst, als ob ich mich gründlich geirrt hätte. Denn die bald nach der Eröffnung aus der Eispalast-Gesellschaft mit beschränkter Haftung entstandene Aktiengesellschaft verteilte im ersten Jahr ihres Bestehens 10%, im zweiten Jahr, wenn auch weniger, so doch immerhin 5% Dividende. Dann aber war es mit der Herrlichkeit aus und die Aktionäre, die bei der Börseneinführung die Aktien etwa mit 130% erworben haben sollten, haben heute einen Verlust von mehr als 100% zu beklagen. In der letzten Generalversammlung ist eine ziemlich klägliche Sanierung in Aussicht gestellt worden, und zurzeit ist es überhaupt immer noch fraglich, ob nicht etwa durch Hartnäckigkeit einzelner Gläubiger die Gesellschaft in den Konkurs getrieben werden wird. Der Gerechtigkeit halber will ich vorausschicken, dass ich mich in einer Beziehung bei der Eröffnung des Eispalastes in der Tat in einem Irrtum befunden habe. Ich habe damals nicht glauben wollen, dass überhaupt genügend Interesse in der Bevölkerung vorhanden sein wird, um den Eispalast genügend zu besuchen. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Denn in der Tat hatte der Eispalast einen überraschend guten Erfolg insofern, als er zunächst stark besucht war und während einer gewissen Zeit sogar von den vornehmsten Kreisen Berlins frequentiert wurde. Wenn der Besuch und damit die Einnahmen der Eispalastgesellschaft schliesslich nachliess, so war das wesentlich auf die Konkurrenz zurückzuführen, die dem Eispalast in der Gründung der Admiralspalast A.-G. erstand. Es trifft jedoch nicht den Kern der Sache, wenn man den Rückgang des Unternehmens lediglich auf diese Konkurrenz zurückführt. Greift man nämlich etwas tiefer nach den wirklichen Ursachen der jetzigen Kalamität, so ist sie wesentlich in der Finanzierung des Unternehmens zu suchen. Diese Finanzierung aber ist so charakteristisch für moderne berliner Theater- und Vergnügungetablissements-Gründungen, dass es verlohnt, mit ein paar Worten darauf einzugehen. Man muss bei solchen Gründungen unterscheiden zwischen solchen, die zurückzuführen sind auf Enthusiasten, die irgend einer Idee zum Durchbruch verhelfen wollen, auf ehrgeizige Menschen, die glauben berufen zu sein, eine Rolle zu spielen, und endlich auf Interessenten, die irgend welche Nebeninteressen zu realisieren hoffen. Die von dieser letzten Gattung Menschen ins Leben gerufenen berliner Gründungen sind am häufigsten. Meistens ist nicht die neue grandiose Idee das primäre, sondern vielmehr die Tatsache, dass irgend jemand ein Grundstück besitzt, das er auf normalem Wege gar nicht verwerten kann, oder doch nicht mit demjenigen Gewinn, den er erhofft. Dann wird irgendeine Idee erfunden, diese Idee mit grossem Pomp propagiert und dann der Gesellschaft, die zur Ausbeutung dieser Idee gegründet wird, das betreffende Grundstück zu möglichst hohen Preisen hineingegeben. So entstand auch der Eispalast aus dem Grundbesitz des — zweifellos überaus klugen und gewandten, aber nicht sehr vorsichtigen — Grundstücksspekulanten Fedor Berg. Die Idee des Herrn Berg, das Palais de Glace aus fremden Ländern nach Berlin zu verpflanzen, war an und für sich, wie die Erfolge des ersten Jahres zeigten, gar nicht schlecht. Aber das Unternehmen war, namentlich durch das hohe Grundstückskonto, von vornherein überkapitalisiert. Nun könnte man ja als Beweis gegen diese Behauptung hervorheben, dass die Einnahmen der ersten Jahre eine zunächst gute, dann doch immerhin leidliche Verzinsung des Aktienkapitals ermöglichten. Aber dabei übersieht man, dass bei der Frage, ob ein Unternehmen überkapitalisiert ist oder nicht, nicht bloss seine Ertragfähigkeit in normalen Zeiten, sondern insbesondere auch seine Fähigkeit einer aufkommenden Konkurrenz die Spitze zu bieten, in Betracht gezogen werden muss. Nirgends ist eine voraussehende Rücksichtnahme auf eine kommende Konkurrenz wichtiger als bei grossstädtischen Vergnügungetablissements. Und mit geradezu unfehlbarer Sicherheit muss in Berlin jeder, der ein neuartiges Unternehmen ins Leben ruft, darauf rechnen, dass er nicht nur einen, sondern womöglich sogar eine ganze Reihe von Nachahmern finden wird. Solche Konkurrenz kann von vornherein sehr unbequem dadurch sein, dass sie sich vielleicht in einer günstiger gelegenen Stadtgegend auftut, dann kann sie dem älteren Unternehmen einen nie wieder gut zu machenden Schaden zufügen. Aber selbst wenn das nicht der Fall ist, dann ergibt sich die Notwendigkeit, durch Unterbietung der Preise oder durch ganz besondere Attraktionen die junge Konkurrenz zu bekämpfen. Das kann aber nur ein in sich gefestigtes Unternehmen, und deshalb muss ein grossstädtisches Vergnügungetablissement, das mit einem Kapital gegründet ist, dessen Höhe nur ohne Konkurrenz und in normalen Zeiten verzinst werden kann, von vornherein als mit einem — unter Umständen tödlich wirkenden — Krankheitkeim behaftet angesehen werden.

Rekordpreise für Petroleum. Von einer mit den Verhältnissen des Petroleumhandels vertrauten Seite wird mir geschrieben: „Der Preis von amerikanischem Petroleum ist in Deutschland beständig gestiegen. Während in den Jahren, die der Gründung der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft folgten, unter dem Einfluss der Konkurrenz der amerikanischen Outsiders, die durch Rassow Jung & Co. in Bremen und Philipp Poth in Mannheim vertreten waren, der Preis im Jahre 1894 in Bremen sich auf 9.70 *M* für den Doppelzentner unverzollt mit Fass belief, wurde er nach dem Ankauf dieser Firmen auf 13.50 *M* im Jahre 1895 erhöht. Der heutige bremer Preis ist 20.50 *M* für den Doppelzentner unverzollt mit Fass. Der Unterschied zwischen 9.70 *M* und 20.50 *M* wird noch bedeutender, wenn man berücksichtigt, dass diese Notierungen inklusive Fass (3.— *M* für 100 kg) sind, so dass die Netto-Preissteigerung von 6.70 *M* auf 17.50 *M* für 100 kg lose erfolgt ist. Demnach wurde durch den Ankauf der genannten zwei unabhängigen Importfirmen, sowie durch das Aufsaugen der Pure Oil Company, die anfangs von der Standard Oil Company unabhängig war, der deutsche Petroleumpreis um 260% erhöht. Die Erhöhung der Petroleumpreise von 1912 gegenüber denen von 1911 beträgt bei einem Vergleich des vom Kaiserl. Statistischen Amt ermittelten Durchschnitts von 27.50 *M* für 100 kg verzollt 20% Tara für Sept. 1912 gegen 21.80 *M* für 100 kg verzollt 20% Tara für Sept. 1911 5.70 *M*.

Das ist bei einem Konsum von 8 Mill. Doppelzentner 45,6 Mill. *M* Erhöhung gegenüber dem Vorjahre. Der Verkauf im Fass ist durch die Einrichtung des Tankbetriebs vielfach in Wegfall gekommen. Die durchschnittliche Erhöhung von 5.70 *M* für 100 kg entspricht der durchschnittlichen Steigerung von 4.56 Pf. per Liter, so dass bei einem deutschen Verbrauch von 1 Milliarde Liter sich wiederum die obige Berechnung ergibt. Die Gesamterhöhung von 11 Pf. für das Liter unter der Herrschaft der für den deutschen Konsum vorteilhaften Konkurrenz der Standard Oil Company mit den amerikanischen Outsiders auf den heutigen Preis von 19 Pf. für das Liter, also von 8 Pf., entspricht dem Preis von 5 Pf. unverzollt gegen 13 Pf. unverzollt, da der Zoll 6 Pf. per Liter resp. 7.50 *M* per 100 kg netto beträgt. Um diese gewaltige Erhöhung zu verdecken, hat die Deutsch-Amerikanische Gesellschaft zu dem seltsamen Mittel gegriffen, Petroleum in Bremen nicht mehr öffentlich zu notieren. Auch Hamburg hat sich dem Befehl der Standard Oil Company gebeugt. Die bremer Notierung lautete:

pro 100 Kg mit Fass unverzollt

1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
9,7	13,5	12,4	10,66	12,08	14,30	14,82	—

und das Kaiserl. Statistische Amt war genötigt, 1901 hinzuzufügen: „In Bremen sind Mai 1901 die offiziellen Börsen-Notierungen für Petroleum eingestellt, nachdem das Platzgeschäft in diesem Artikel schon seit Jahren nahezu aufgehört hat." Mit dieser Erklärung hat man damals das Aufhören der Notierungen zu bemänteln gesucht. Bremen hat seit 1901 tatsächlich keine Notierung mehr veröffentlicht. Die obige Einsetzung des Preises von 20.50 *M* ist deshalb auf Grund der sonstigen in Deutschland üblichen Preise konstruiert, die vom Kaiserl. Statistischen Amt ermittelt wurden."

Phonolith-Schwindel. Man schreibt mir: „Dass eine Generalversammlung durch die Verhaftung der massgebenden Persönlichkeiten des Unternehmens gesprengt wird, ist zwar kein Unikum, aber immerhin etwas Ungewöhnliches. Nun, bei der Phonolithgewerkschaft Graf Moltke ist das Ungewöhnliche dieser Tage Ereignis geworden. Die Kriminalpolizei hat die zwei der Verwaltung der Gewerkschaft nahestehenden Herren G. Schmidt-Bremen und G. Gordes-Bremen verhaftet, und damit den Auftakt zu den Sonderbarkeiten gegeben, die in der Versammlung von Teilnehmern bekundet wurden. Geschäftsbücher wurden bei der Gewerkschaft anscheinend überhaupt nicht geführt, die Kasse war „nicht vorhanden", ja, bei dem Unternehmen gab es noch etwas besonders Originelles: es gab „Zwangsgewerken". Die offenbar sehr wunderliche kölner Firma Wunderlich & Co. acquirierte einen braven berliner Superintendenten durch Ueberweisung von 25 „Gratis"-Kuxen nolens volens als Gewerken und trug ihn in das Gewerkenbuch ein. Der berliner Herr war „Gewerke", obwohl er seine Kuxe umgehend retournierte. Er protestierte gegen seine Eigenschaft als Gewerke, weil er, wie er in der Versammlung ausführte, „nur moralisch einwandfreie Unternehmungen unterstützen könne". Wohl aber auch, weil ein derartiger Kuxenbesitz die sehr unangenehme Aussicht auf Zwangszubussen und öffentliche Blossstellung involviert. Der Vorgang ist ein hübscher Beitrag zu dem Thema, wie man Gewerke werden kann und wie intelligente Gründer die Listen von angesehenen Beteiligten schaffen, mit denen sie dann krebsen gehen. Es besteht ja alle Aussicht, die Geschichte der Phonolithgewerkschaft Graf Moltke und ihrer Gründer vor dem Strafrichter erläutert zu sehen. Man wird dabei wahrscheinlich erbauliche Dinge zu hören bekommen. Dabei hatte sich das, was bis vor kurzem über das Unternehmen bekannt geworden war, gar nicht so auffällig angelassen. Die Gewerkschaft hatte — freilich nur nach ihren, heute etwas verdächtig gewordenen Angaben — in der Eifel 45 Morgen Phonolithvorkommen für im Durchschnitt 10 *M* pro Quadratrute erworben und wollte auf 6000 bis 8000 Doppelwaggons jährliche Produktionskapazität kommen. Die Angelegenheit hat nun neben der kriminellen auch eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung. Die Phonolithindustrie — Verwendung von einer Art Fels-Kali zu Düngezwecken — ist sehr jung und noch wenig erprobt. Sie hat sich von vornherein der schärfsten Gegnerschaft des seine Monopolstellung verteidigenden Kalisyndikats zu erfreuen gehabt, hat aber doch, soweit man verfolgen kann, einen gewissen Boden gewonnen. Das war ein Erfolg, weil agrarische Blätter den Eindringling in die Düngemittelindustrie Hand in Hand mit dem Kalisyndikat aufs Messer bekämpften, und in den breitesten Kreisen der Landwirtschaft zu diskreditieren versuchten. Männer der Wissenschaft, Versuchsanstalten — eine Fülle von „Autoritäten" legte sich gegen das angeblich unlösliche Phonolith-Kali ins Zeug. Der Kampf ist noch im Gange. Wie er enden wird, steht zurzeit dahin. An sich würde es gar nichts schaden, wenn dem nicht eben billigen und vertrusteten Kali des Syndikats ein kräftiger Konkurrent erwüchse. Dazu ist aber vor allem nötig, dass man dem Phonolith Zeit lässt, den Nachweis seiner Wirksamkeit in Ruhe zu bringen. Die

Aufregung des Kalisyndikats und die Erbitterung seines Kampfes gegen das Phonolith lässt nun immerhin darauf schliessen, dass man in den Kreisen des Kalisyndikats der ostentativ behaupteten praktischen Wertlosigkeit des Phonolithmehls wohl doch nicht so ganz sicher ist. Denn sonst — wäre ein grosser Aufwand nutzlos vertan. Ein wertloses Kali-Ersatzmittel würde nur zu schnell an seiner eigenen Unhaltbarkeit zugrunde gehen ohne Nachhilfe des Kalisyndikats. Nun können aber — leider! — die Vorgänge bei der Phonolithgewerkschaft Graf Moltke dazu beitragen, die junge, sich auf ganz wenige Unternehmungen stützende Phonolithindustrie überhaupt zu diskreditieren. Denn diese ist, zunächst wenigstens, noch völlig auf den öffentlichen Kredit angewiesen. Deswegen erscheint der Fall Graf Moltke im Interesse der Phonolithindustrie und der Düngemittelindustrie in hohem Grade bedauerlich. Er arbeitet den prinzipiellen geschäftlichen Gegnern des Phonolithmehls, arbeitet dem ohnedies wirtschaftlich stark überlegenen Kalisyndikat nur in die Hände."

Kunstkurse. An der berliner Börse hat in der abgelaufenen Woche der Kurssturz der Aktien der Terrain-Aktiengesellschaft Müllerstrasse berechtigtes Aufsehen erregt. Die Aktien dieser Gesellschaft, die von der Firma Samuel Zielenziger gegründet worden war und deren Zulassung seinerzeit gegen den Widerspruch der Zulassungstelle auf Reklamation der Handelskammer erfolgte, notierten (nach einem Einführungkurs von 115% vor drei Jahren) noch vor kurzem etwa pari. Zu diesem Kurs hatte auch das Emissionshaus das an den Markt kommende Material aufgenommen. Die Verkäufe, die jetzt zu dem Kurssturz von etwa 60% führten, sollen von Grossbanken herrühren, die die Aktien der Firma Samuel Zielenziger beliehen hatten. Zielenziger behauptet, dass seine Lombardgläubiger nicht zum Verkauf der Aktien berechtigt gewesen seien; die Banken indessen vertreten natürlich eine entgegengesetzte Ansicht. Aber diese Frage scheint mir von höchst nebensächlicher Bedeutung. Dahingegen entschleiert dieser ganze Streit im Zusammenhang mit dem Kursrückgang Verhältnisse, die von prinzipieller Wichtigkeit und überaus charakteristisch für unser Aktienwesen sind. Zunächst illustriert dieser ganze Vorgang sehr deutlich, was es mit der Echtheit einer ganzen Reihe von Kursen, die an der berliner Börse notiert werden, auf sich hat. Der Kurs von etwa 100%, den die Aktien der Terraingesellschaft Müllerstrasse bis vor kurzem innehatten, ist, wie sich jetzt herausstellt, durchaus nicht das Ergebnis eines freien Angebots und einer freien Nachfrage gewesen, vielmehr hat die Firma Samuel Zielenziger durch ihre Rückkäufe nach und nach das gesamte Aktienkapital der Aktiengesellschaft Müllerstrasse in ihrer Hand vereinigt. Unter diesen Umständen hat natürlich der Kurs gar keine Bedeutung, denn es hing ja von der Firma Samuel Zielenziger vollkommen ab, wie sie den Kurs festsetzen wollte. Denn nachdem sie einmal einen wesentlichen Teil des Aktienkapitals aufgekauft hatte, stand es vollkommen in ihrem Belieben, mit dem Kurs zu manipulieren, wie es ihr beliebt. Wie sich die Dinge augenblicklich gestaltet haben, wird ja im Endeffekt von dem nun erfolgten Kurssturz das Publikum ganz wenig betroffen, aber es hätte ja doch ebensogut möglich sein können, dass gerade die Standhaftigkeit des Kurses eine Reihe von Käufern anlockte und solche Käufer würden nun von dem Kurssturz aufs schwerste betroffen werden. Das führt zur Betrachtung der anderen Seite der Angelegenheit. Die Firma Samuel Zielenziger hatte nicht die Mittel, um die Aktien zurückzukaufen. Die dazu notwendigen Gelder sind ihr vielmehr von berliner Banken vorgeschossen worden. Und diese Banken haben deshalb indirekt dazu beigetragen, falsche Kursnotierungen dauernd bestehen zu lassen. Die Banken gehen ja dabei kein allzu grosses Risiko ein. Denn selbst wenn der Kurs, zu dem sie die Effekten beliehen, sich 10 bis 20% über der augenblicklichen Börsennotierung hielt, so dürfte ja doch wohl vermutlich 60 bis 70% der innere Wert der Gesellschaft sein. Und wenn die Banken nunmehr zwangsweise Herrn Samuel Zielenziger exekutieren, so kommen sie damit in den Besitz des gesamten Aktienkapitals und können nun durch entsprechende Sanierungen die Gesellschaft für sich wertvoll machen. Aber das Verfahren, wenig kapitalkräftige Firmen durch Lombardgeschäfte zu Gründungen zu animieren und sie hinterher zu exekutieren, entspricht im wesentlichen doch demjenigen Verfahren, das Herr Sanden unseligen Angedenkens übte, der seine Grundstücke mit Vorliebe an kapitalschwache Bauunternehmer verkaufte, um sie hinterher in der Subhastation billig zurückzuerwerben. Man wird übrigens lebhaft durch die Vorgänge bei der Gesellschaft Müllerstrasse an die Vermögenstransaktion Eberbach erinnert, der ja bekanntermassen sich durch solche Lombardierung bei Banken die Mehrheit in der Admiralsgartenbad A.-G. verschaffte.

Bunte Schüssel. Im Annoncenteil einiger Zeitungen erlassen Redaktion und Verlag der wirtschaftpolitischen Wochenschrift „Der Rheinländer" in Köln ein Preisausschreiben, zu dem eine Reihe von Mitgliedern der nationalliberalen, der konservativen und der Zentrumspartei das Preisrichteramt übernommen haben. Das Preisausschreiben bezweckt, eine brauchbare Arbeit über das Thema „Ueberbrückung der wirtschaftlichen Gegensätze in und zwischen den politischen Parteien" zu erhalten. Der erste Preis soll 1000 *M*, der zweite 500 *M*, der dritte 300 *M* und der vierte 200 *M* betragen, ausserdem sind fünfmal 100 *M* zum Ankauf von fünf weiteren Preisschriften vorgesehen. Unter den Bedingungen des Preisausschreibens ist besonders charakteristisch, dass die Arbeiten höchstens 40 Folioseiten betragen sollen. Mit anderen Worten wird ein erster Preis von 1000 *M* darauf gesetzt, dass es gelingt, auf 40 Folioseiten bis zum 1. Juli 1913 die soziale Frage zu lösen. Ich bin sehr neugierig auf das Ergebnis des Preisausschreibens. Der Tausendsassa, der diese Aufgabe wirklich löst, verdient mindestens Reichskanzler zu werden. — Das Oberlandesgericht Köln hat als Berufunginstanz ein Urteil bestätigt, durch welches die Beschlüsse der vor einem Jahr abgehaltenen Generalversammlung des Rheinischen Aktienvereins für Zuckerfabrikation in Köln ungültig erklärt worden sind. Die Bilanz wies eine Gewinnbeteiligung von insgesamt 119205 *M* für Vorstand, Aufsichtrat und Beamte auf. Einem Aktionär, der wissen wollte, wie sich diese Summe auf die drei Kategorien im einzelnen verteile, war die Antwort verweigert worden. Als Grund dafür hatte die Verwaltung angegeben, dass sie weder Lust habe, noch gezwungen werden

könne, mitzuteilen, was ihr Aufsichtrat beziehe, und dass ausserdem der betreffende Aktionär lange die Summe, nach welcher er frage, wisse. Das Oberlandesgericht hat nun den Grundsatz aufgestellt, dass das geheime Wissen eines Aktionärs ganz belanglos sei, das Wesen der Mitteilungen in Generalversammlungen sei deren Bestimmung für die Öffentlichkeit der gesamten Aktionäre, ausserdem aber werde dem Aktionär, dem Grundlagen für seine Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtrats vorenthalten werden, das Recht auf Aufklärung verkümmert. Dieser Beschluss des Oberlandesgerichts ist ausserordentlich anerkennenswert. Bestätigt das Reichsgericht die Grundsätze des Oberlandesgerichts Köln, so dürfte es aber in der Praxis bald entweder überhaupt keine anderen als nichtige Generalversammlungbeschlüsse mehr geben oder die Verwaltungen unserer Aktiengesellschaften müssten ihr bisheriges Gebaren gegenüber Anfragen der Aktionäre gründlich ändern. — Durch eine Reihe von Versicherungblättern geht ein — anscheinend aus ein und derselben Quelle stammender — Artikel, der sich gegen die neue von den freien Gewerkschaften gegründete Volksversicherung Aktiengesellschaft „Volksfürsorge" richtet. Es ist natürlich das gute Recht der Privatversicherungunternehmungen, die neue Gründung zu bekämpfen, und man kann ihnen auch das Recht nicht nehmen, zu erklären, dass weite Volksschichten besser fahren, wenn sie die bestehenden Volksversicherungeinrichtungen bei den privaten Versicherungen in Anspruch nehmen. Aber schliesslich darf ein derartiger Kampf nicht zur Sinnlosigkeit ausarten. In dem Artikel lese ich: „Der Arbeiter weiss also, dass er für die Tage seines Alters vor der äussersten Not (durch die staatliche Invaliden- und Altersversicherung!!) geschützt ist und wird deshalb vor weiteren Belastungen seines Budgets unter Hinweis auf diese Tatsachen im günstigsten Falle eine abwartende Haltung einnehmen." Ja, aber bisher hat man es doch für eine feststehende Tatsache gehalten, dass viele, viele Arbeiter sich in die Volksversicherungen der privaten Versicherungunternehmungen eingekauft hatten, und die Versicherunggesellschaften hatten ja doch gerade unter Hinweis auf diese Tatsache immer ihre wichtige sozialpolitische Mission betont. Soll jetzt behauptet werden, dass keine Arbeiter bei den privaten Volksversicherungen versichert sind? Aber, aber, meine Herren!

Ein Wink für Stifter. Herr Staatsanwalt Zeiler-Zweibrücken schreibt: „Wenn ich das unaufhaltsame, bald stetige, bald sprunghafte Sinken der Kaufkraft des Geldes eine Tatsache nenne, so brauche ich dafür in dieser Zeitschrift keinen Beweis zu liefern. Schon der vorsichtige Geschäftsmann, der sich mit 50 Jahren zur Ruhe setzt und dabei die Kraft in sich fühlt, 80 zu werden, wird von vornherein seine Lebenshaltung darauf einrichten, dass er einen Teil seiner Jahresrente auf die hohe Kante lege und damit die an sich gleich bleibende Rente ziffernmässig in eine jährlich steigende verwandle. Um wie viel mehr erst ein Institut, das seinem Wesen nach darauf angelegt ist, seinen Segen über viel längere Zeiten, über Jahrhunderte, auszugiessen: ein grosser Teil unserer Stiftungen. Und doch, wie häufig sind diese Institutionen in einer Weise errichtet, dass alle Vorsicht aus den Augen gelassen wird und dass die Stiftungen nur allzubald notleidend werden und schliesslich dahinsiechen müssen! Dazu, dass ich gerade in dieser Zeitschrift auf das Uebel und auf das Mittel zu seiner Bekämpfung hinweisen will, bestimmt mich meine Zuversicht, dass unter den Lesern des Plutus so mancher sein wird, der den hochherzigen Beruf in sich fühlt, der langen Reihe von unterstützungwerten Kulturzwecken durch Errichtung von Stiftungen von seinem Ueberflusse tatkräftige Förderung angedeihen zu lassen. Somit würde ich es für eine Unterlassungsünde halten, wenn ich gerade diesen Kreisen den Hinweis auf das Mittel vorenthielte, das dem Dahinsiechen der Stiftungen vorzubeugen vermag. Nehmen wir einmal eine Stiftung von 20000 ℳ. Die 4prozentige Rente reicht anfänglich aus, für einen Kranken oder für einen Schüler einen Freiplatz in einer bestimmten Anstalt zu gewähren. Aber wird die Rente auch später ausreichen? In fünfzig, in hundert, in zweihundert Jahren? Ich kenne unter anderen eine Stiftung, die 1585 errichtet worden ist und seitdem Jahr um Jahr für zwei Studierende je ein Stipendium von 20 fl geliefert hat und seit Einführung der deutschen Reichswährung auf den Pfennig 34,29 ℳ das Jahr. Die 20 fl sind ausgangs des 16. Jahrhunderts ein recht netter Zuschuss zu den Studienkosten gewesen, aber was sind heute die 34 ℳ? Wer weiss, wie manchmal nicht mehr als die Verführung zu einem feucht-fröhlichen Gelage im Kreise einiger guter Freunde! Die Stiftung ist also heute so gut wie wertlos geworden; sie ist ausserstande, ihren Zweck zu erfüllen. Noch schlimmer ist es offenbar mit Stiftungen, für deren Zweckbestimmung ein jährlicher bestimmter Betrag erfordert wird, wie z. B. bei der erwähnten Stiftung zur Gewährung von Freiplätzen. Sind 200 ℳ vorhanden, während die Gewährung eines Freiplatzes heute 800 ℳ erfordert, so bleibt nur die traurige Aushilfe, die Gewährung des Freiplatzes nur alle vier Jahre eintreten zu lassen, oder auch mehrere Stiftungen mit ähnlichen Zwecken zusammenzulegen. Was der Stifter gewollt hat, hat aber dann, wenigstens zu einem guten Teil, aufgehört zu bestehen. Und doch besteht der Zweck, den der Stifter hochherzig verfolgt hat, noch heute, der Unterstützung bedürftig, fort, wie ehedem. Das Mittel nun, das ich empfehle, liegt, wie ich oben bereits andeutete, in einer Teiladmassierung der Renten. Mir sind Fälle bekannt, wo ein Stifter angeordnet hat, dass sagen wir 20 oder 50 Jahre lang, die ganzen Renten des gestifteten Kapitals zu admassieren und dann erst jedes Jahr die Renten ganz auf den Zweck zu verwenden seien. Das mag sich für manchen Stiftungzweck empfehlen; aber für unsere Frage ist es ohne Belang, denn wenn die 20 oder 50 Jahre vorüber sind, beginnt damit, sofern jährlich die ganze Rente auf den Zweck verwendet wird, der Schwindsuchtkeim sein Werk. Langsam aber sicher. Darum wollen wir es anders machen. Wir schlagen vom ersten Jahre ab, und gleichbleibend Jahr um Jahr für die ganze Lebensdauer der Stiftung einen bestimmten Hundertsatz des jährlichen Rentenertrags zum Kapital. Wir erhalten damit eine ganz stetig vom ersten Jahr an steigende Rente, womit dem Sinken des Geldwertes die Kraft genommen wird. Die Wirkung dieser Teiladmassierung veranschaulicht folgende Berechnung, der ein Zinsfuss von 4 v. H. zugrunde liegt:

Nach Jahren	beträgt, wenn admassiert wird							
	mit 10 % der Rente		mit 15 % der Rente		mit 20 % der Rente		mit 25 % der Rente	
	das Kapital M	die auf den Zweck im nächsten Jahre verfügbare Rente M	das Kapital M	die auf den Zweck im nächsten Jahre verfügbare Rente M	das Kapital M	die auf den Zweck im nächsten Jahre verfügbare Rente M	das Kapital M	die auf den Zweck im nächsten Jahre verfügbare Rente M
1	1004	36,14	1006	34,20	1008	32,25	1010	30,30
2	1008	36,28	1012	34,40	1016	32,54	1020	30,60
3	1012	36,43	1018	34,61	1024	32,76	1030	30,90
4	1016	36,57	1024	34,81	1032	33,02	1041	31,22
5	1020	36,72	1030	35,02	1041	33,31	1051	31,53
10	1041	37,47	1061	36,07	1082	34,62	1104	33,12
20	1082	38,95	1127	38,31	1172	37,50	1220	36,60
30	1126	40,53	1196	40,66	1270	40,64	1347	40,41
50	1220	43,92	1348	45,83	1489	47,64	1644	49,32
100	1489	53,60	1819	61,84	2218	70,87	2703	81,09
150	1817	65,41	2454	83,43	3303	105,69	4446	133,38
200	2218	79,64	3311	112,57	4920	157,44	7311	219,33
250	2707	97,45	4466	151,84	7328	234,49	12022	360,66
300	3303	118,90	6025	204,85	10914	349,24	19769	593,07

Ob gerade 15 oder 20 oder 25 vom Hundert des jährlichen Ertrags zu nehmen sind, lässt sich nicht einfach vorschreiben. Aber nach den Erfahrungen der verflossenen Jahrhunderte und im besondern des letzten Jahrhunderts wird man immerhin im allgemeinen 20 vom Hundert der Rente als angemessen ansehen können. Dann würde bei einem Stiftungkapital von 10 000 M die auf den Zweck verfügbare Rente beginnen mit 320 M und nach 29 Jahren bereits 400 M erreicht haben; diese weise Aufspeicherung eines Teils der Rente während der paar kurzen Jahrzehnte hätte die erstaunliche Wirkung, dass auf die Jahrhunderte hinaus, so lange eben die Stiftung ihrem Zwecke dienen soll, die Rente der Erfüllung des Zweckes auch gewachsen bleiben wird. Wohlverstanden, nicht eine Ansammlung riesiger Kapitalien ist das Ziel und die Wirkung des Vorschlages. Eine Vermehrung des Stiftungvermögens würde sich nur ziffernmässig ergeben; praktisch, wirtschaftlich betrachtet dagegen bleibt das Stiftungvermögen immer gleich hoch, das heisst für die Erfüllung des Stiftungzweckes immer gleich leistungsfähig.*) Es soll auch nicht behauptet werden, dass das angegebene Mittel für die Stiftungen aller Art passen solle. Je nach dem Zweck, je nach der Höhe des Stiftungkapitals mag sich manche andere Gestaltung der Stiftungverwaltung empfehlen. Aber doch ist es eine grosse Zahl der Stiftungen, für die eine Anordnung der gedachten Art höchst segensreich zu wirken vermöchte. Ich kann also nur dem lebhaften Wunsche Ausdruck geben, dass zu Nutz und Frommen der kommenden Geschlechter meine Anregung auf recht fruchtbaren Boden falle."

*) Näheres hierüber ist in meinen Aufsätzen in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1909 S. 343 flg., und im Centralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit, 12. Jahrgang, S. 11 flg., ausgeführt.

Gedanken über den Geldmarkt.

In dem Komplex der Sorgen, die seit Beginn der Mobilmachung am Balkan über das Wirtschaftleben hereingebrochen sind, verschiebt sich der Schwerpunkt jetzt mit jedem Tage mehr nach der monetären Seite. Die Börse hat ihre erste starke Deroute hinter sich und verharrt jetzt im Zustande dumpfer Apathie. Trotzdem die Aussichten auf dem politischen Theater heute nach Abschluss des Waffenstillstandes vielleicht eher etwas freundlicher scheinen, trägt die Spekulation eine unverkennbare Neigung zum Pessimismus zur Schau, und es ist deutlich zu sehen, dass neben den allgemeinen Problemen, die der Lösung harren, eine unmittelbare Sorge auf der Spekulation lastet: die Ungewissheit über die Gestaltung der Geldverhältnisse. Wenn man sich auch darüber klar ist, dass Politik und Geldmarkt im engsten Zusammenhange stehen, und gerade die kritische Zuspitzung auf dem letzteren lediglich das Produkt der grossen geschichtlichen Ereignisse ist, die sich jetzt vor unseren Augen abspielen, so muss man doch das Geldproblem zurzeit in den Vordergrund stellen, denn die Nähe eines der wichtigsten Quartalstermine schafft hier besonders aktuelle Schwierigkeiten, die vielleicht bei einer schnellen günstigen Wendung in der Politik gemildert werden können, aber ihren ernsten Charakter, was auch kommen mag, keineswegs verlieren werden. Die Fragen, die in London vom 13. d. M. ab gelöst werden sollen, müssen uns vorläufig in ihrer unendlichen Kompliziertheit und bei dem Widerstreit der Interessen wie ein gordischer Knoten anmuten, den zu lösen, wenn es ohne Gewalt erfolgen kann, jedenfalls eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Aussichten sind also recht gering, dass die befreiende Botschaft des endgültigen Friedens von London aus rasch in die Welt gehen wird, so rasch, wie sie kommen müsste, um dem Geldmarkt rechtzeitig für die Nutzung an der Monatswende jene Gelder wieder zuzuführen, deren Festhaltung in den Händen des Publikums die heutige Misere verschuldet.

Leider ist der Prozess der Thesaurierung seit unserer letzten Betrachtung nicht zum Stillstand gekommen; in Frankreich, Oesterreich und last not least jetzt auch bei uns wird immer noch das Bargeld aus den Sparkassen und Banken geholt, und jene sind dementsprechend gezwungen, den Verkehr von Umlaufsmitteln zu entblössen,

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Tag	Ereignisse
Freitag, 13. Dezember 5 %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Zahltag Brüssel. — *Deutsche Branntwein- und Zuckerstatistik.* — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.* — *G.-V.:* Elbschlossbrauerei Nienstedten, Mechanische Weberei Sorau, Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Ges., Scholten Stärkesyrup-Fabriken.
Sonnabend, 14. Dezember 5 %	Bankausweis New York. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Ernst Schiess Werkzeugmaschinenfabrik, Helios Elektrizitäts-Akt.-Ges. i. Liq., Lindenbrauerei Unna Rasche & Beckmann, Hansa-Brauerei Hamburg, Dortmunder Aktien-Brauerei, Berliner Kindl-Brauerei, Brauerei Kunterstein, Schlossbrauerei Kiel, Schwabinger Brauerei München, Böhmisches Brauhaus Berlin. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Braunkohlenwerk Leonhardt, Einzahlung Aktien Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Montag, 16. Dezember 5 %	Essener Börse. — Medioliquidation Paris. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Nürnberger Hercules-Werke, Rheinische Schuckert-Ges., Vogtländische Maschinenfabrik Gebr. Dietrich, Telephonfabrik Berliner, Ver. Metallwarenfabriken Haller, Gevelsberger Aktien-Brauerei, Wiesbadener Kronenbrauerei, Berliner Weissbierbrauerei Landré. — Schluss des Bezugsrechts Ver. Stahlwerke v. d. Zypen, Bezugsrechts Aktien Düsseldorfer Eisenbahnbedarf, Bezugsrechts Aktien Eduard Lingel Schuhfabrik.
Dienstag, 17. Dezember 5 %	Düsseldorfer Börse. — *Reichsbankausweis.* *G.-V.:* Mannesmannröhrenwerke, Schlossbrauerei Schöneberg, Aktienbrauerei Friedrichshöhe (Patzenhofer), Aktienbrauerei Merzig, Baumwollspinnerei Am Stadtbach, Jaluit-Ges. Hamburg, Berlin-Neuroder Kunstanstalten, Wilhelmsburger Chemische Fabrik Hamburg.
Mittwoch, 18. Dezember 5 %	Zahltag Paris. — *G.-V.:* Peniger Maschinenfabrik, Bierbrauerei Gebr. Hugger.
Donnerstag, 19. Dezember 5 %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Siemens Elektrische Betriebe, Braunkohlenwerke Leonhard, Düsseldorfer Eisenhütten-Ges., Brauerei Gebr. Dieterich, Berliner Bockbrauerei, Germania-Brauerei Dortmund, Dampfkornbrennerei und Presshefefabriken Helbing, Löwenbrauerei Peter Overbeck Dortmund, Klosterbrauerei Röderhof, Berliner Bierbrauerei Hilsebein, Dortmunder Union-Brauerei, Lindener Aktien-Brauerei Brande & Meyer, Plantagen-Ges. Concepcion Hamburg,
Freitag, 20. Dezember 5 %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. *G.-V.:* Waggonfabrik Uerdingen, Malmedie Maschinenfabrik, Sangerhäuser Maschinenfabrik Hornung & Rabe, Hessische Herculesbrauerei Cassel, Königsbrauerei Duisburg-Ruhrort, Adlerbrauerei Rud. Dorst, Klosterbrauerei Berlin, Spritbank Akt.-Ges. Berlin. — Schluss des Bezugsrechts Bad Schmiedeberger Verblend- u. Dachstein-Werke, Bezugsrechts Plania-Werke.
Sonnabend, 21. Dezember $4\frac{7}{8}$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Ver. Riegel- u. Schlossfabrik Velbert, Ankerwerke vorm. Hengstenberg Bielefeld, Eisenindustrie Menden-Schwerte, Cottbuser Maschinenbauanstalt, Akt.-Ges. f. Panzerkassen-, Fahrrad- u. Maschinenfabriken, Horch Motorwagenfabrik, Aktienbrauerei Friedrichshain, Oppelner Aktienbrauerei und Presshefefabrik, Brauerei Isenbeck & Co., Brauerei Königstadt, Schwabenbräu Düsseldorf, Ges. Süd-Kamerun, Rositzer Zuckerraffinerie, Tränkner & Würker, Deutsch-Chinesische Seidenindustrie-Ges.
	Ausserdem zu achten auf: Dividendenschätzungen für 1912. Zulassunganträge (in Mill. M.): Berlin: 6 neue Aktien Maschinenbau-Anstalt Humboldt, 2 neue Aktien Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn, 0,5 Aktien, 1 Vorzugsaktien Ostelbische Spritwerke. Hamburg: 6 $4\frac{1}{2}$ % Obl. Nobel Dynamit Akt.-Ges. Frankfurt a. M.: 10 neue Aktien Württemb. Vereinsbank. Leipzig: 2 neue Aktien Kammgarnspinnerei Stöhr. Verlosungen: 20. Dezember: $2\frac{1}{2}$ % Belgische Vicinalbahn 120 Frcs. (1885), Congo 100 Frcs. (1888), 3 % Pariser 400 Frcs. (1910). 22. Dez.: $2\frac{4}{5}$ % Pfdbr., $2\frac{3}{5}$ % u. 3 % Com.-Obl. Crédit foncier de France (1895, 1892, 1906).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

sind genötigt, behufs Bereitstellung immer neuer Mittel der Kundschaft die gewohnten Kredite soweit wie möglich zu beschränken, und auch selbst auf die Notenbanken zurückzugreifen. Es ist klar, dass die Fesselung von so vielem Bargeld und speziell Gold, heute verhängnisvoller wirken muss als in früheren Zeiten, da durch die fortschreitende Ausbildung des Verrechnungverkehrs in allen Ländern die Arbeitleistung des Bargeldes im Zahlungwesen eine viel intensivere geworden ist als ehedem, und daher die Entziehung grosser Beträge besonders empfindliche Lücken schaffen muss. Ein subtil ausgebildetes Clearingsystem ist zweifellos ein gewaltiger Fortschritt und das Symptom einer verfeinerten Wirtschaftführung; man darf aber die Nachteile seiner Vorzüge nicht verkennen. Es gestattet den Aufbau eines höheren Kreditgebäudes auf der gleichen oder geringeren Kapitalsbasis als unter den früheren primitiven Zahlungverhältnissen; das schafft in normalen Zeiten hohe Vorteile, verschärft aber die Gefahr in kritischen Perioden.

Am heimischen Markte machte sich bald nach dem Ultimo wieder eine beträchtliche Nervosität geltend, zumal der Reichsbankausweis per 30. November eine viel stärkere Rückwirkung der Weltereignisse auf die deutschen Verhältnisse enthüllt hatte, als man bis dahin anzunehmen geneigt war. Die Zurückhaltung der Diskontkäufer nahm

wieder schärfere Dimensionen an, und ging zeitweise so weit, dass eine Notierung über dem Niveau der Bankrate möglich schien. Französische und englische Diskontanlagen in mässigen Posten boten vorübergehend eine kleine Unterstützung, konnten jedoch keinen Umschwung in den ungünstigen Verhältnissen des Marktes herbeiführen. Auch im Tagesgeldverkehr trat eine weitere Versteifung ein, da die Seehandlung wider Erwarten einen erheblichen Teil der kurzfristig über den Ultimo ausgeliehenen Summen zurückzog, die sie angeblich verschiedenen Staatsressorts zur Verfügung stellen musste, so sollen allein 25 000 000 ℳ zur Auszahlung von Lotteriegewinnen benötigt worden seien.

In der kommenden Woche werden die Hypothekenbanken, wie üblich, die der Börse überlassenen täglichen Gelder zur Bereitstellung für die am 15. beginnenden Kuponszahlungen gleichfalls einziehen, so dass man bis zum Medio mit einer weiteren Verschärfung der Knappheit im Tagesgeldmarkt zu rechnen hat. — Die Devisenkurse sind speziell durch weitere Rückrufung deutscher Guthaben aus dem Auslande wieder erheblich gesunken, doch stehen Goldimporte, abgesehen von mässigen Beträgen, die aus Oesterreich-Ungarn erwartet werden dürfen, kaum in Aussicht. Unter diesen Umständen darf man den Rückgang der Devisen augenblicklich als keinen besonderen Vorteil für unseren Platz betrachten, da er die Transferierung englischer oder französischer Gelder, die im Moment einer günstigeren Gestaltung der politischen Lage angesichts der hiesigen hohen Zinssätze wohl erwogen werden könnte, erheblich erschweren müsste, indem er die Risiken der Valuta-Spekulation vergrössert.

Von Oesterreich-Ungarn aus sind bis jetzt infolge der ständigen Entwertung der Kronenvaluta etwa 10 000 000 Kronen Gold hierhergegangen, von denen jedoch nur etwa 2 000 000 Kronen wirklich bei uns geblieben sind. Für die nächste Woche ist nach einer Mitteilung der Frankfurter Zeitung von Wien aus wieder eine grössere Sendung zu erwarten. Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Valuta illustriert scharf die prekäre Lage, in die der Geldmarkt und das gesamte Wirtschaftleben des Landes durch die bisherigen politischen Ereignisse geraten ist. Eine schwere Krisis droht sich bei unseren Nachbarn zusammenzuziehen, und vielleicht sind die Verhältnisse schon so weit gediehen, dass auch eine rasche friedliche Regelung der schwebenden Fragen sie nicht mehr aufhalten kann. Uns interessiert hier speziell die Stellung der österreichischen Valuta. Trotz der hohen Geldleihraten in Wien und Pest ist ihr Kurs an allen europäischen Plätzen ständig zurückgegangen, ein Zeichen, dass das Ausland seine verfügbaren Guthaben aus der Monarchie zurückzieht. Es mögen hierbei nicht nur Kredite der Bankwelt und des Warenhandels in Frage kommen, sondern auch Erlöse für Renten und andere österreichisch-ungarische Werte, die das Heimatland von ausländischen Besitzern jetzt wieder übernehmen muss. Die Situation der österreichisch-ungarischen Bank ist unter diesen Umständen eine recht unangenehme; das Währungsystem der Monarchie schützt sie zwar vor der Verpflichtung zu Goldzahlungen, sie wird aber dem Auslande gegenüber schwerlich mit grösseren Metallrimessen noch weiter zurückhalten dürfen, wenn sie nicht die Stellung der Valuta ernstlich gefährden will.

In London ist die günstige Lage des offenen Marktes im zweiten Teil der Woche wieder einer erheblichen Verschlechterung gewichen, da die überseeischen Goldansprüche plötzlich bedeutend gestiegen sind. Am Barrenmarkte konkurriert jetzt New York recht heftig, und der Begehr Südamerikas hat eine erneute Belebung erfahren. Die unangenehmste Ueberraschung bildet aber, dass der indische Bedarf wieder grössere Dimensionen annimmt. Nachdem kürzlich von Bombay aus ein grösserer Betrag an die indische Währungreserve gesandt worden war, glaubte man ein Abflauen der Bezüge in London erwarten zu dürfen, in den letzten Tagen ist aber Indien sowohl als Barrenkäufer wie als direkter Reflektant bei der Bank von England wieder aufgetreten; und nicht genug damit, hat Aegypten einen Posten Sovereigns, den es kürzlich nach Indien gesandt hatte, bei der Bank von England wieder erheben müssen, ein Zeichen, dass für das Nilland der Moment der endgültigen Sättigung für dieses Jahr noch nicht gekommen scheint. Die Goldfrage ist also für London wieder brennender geworden, und man muss abwarten, ob es der Bank von England gelingen wird, ohne weitere Gegenmassregel sich dieser Ansprüche zu erwehren. Zweifellos wird sie ihr möglichstes tun, wie es auch in der Absicht der deutschen Reichsbank liegt, die allgemeine Beunruhigung durch eine erneute Diskonterhöhung nicht zu vermehren; der Ernst der ganzen Situation ist aber nicht zu verkennen, und man wird wohl oder übel mit der Möglichkeit weiterer Komplikationen auf dem Geldmarkt in den nächsten Wochen rechnen müssen.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

G. St., Düsseldorf. Anfrage: „Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Ansicht darüber mitteilen würden, ob Wechsel aufs Ausland, die einen ausländischen Ausstellungort haben, aber von einer inländischen Firma ausgestellt sind, mit deutscher Wechselstempelmarke versehen werden müssen."

Antwort: Der § 1 des Wechselstempelgesetzes besagt, dass vom Ausland auf das Ausland gezogene Wechsel stempelfrei bleiben. Es muss sich jedoch um echte Transitwechsel handeln, also nicht etwa um Wechsel, die formell im Ausland ausgestellt, aber erst im Inland durch die Unterschrift vervollständigt werden. Es würde also in Ihrem Falle keine Stempelbefreiung eintreten, sofern nicht die Ausstellerin eine ausländische Filiale einer inländischen Firma sein sollte.

M. F., Köln. Anfrage: „Ich gestatte mir, bei Ihnen anzufragen, ob es Devisen-Paritäten-Tabellen gibt. Ich bitte Sie, mir event. den Verlag anzugeben, wo dieselben zu beziehen sind."

Antwort: Eine an der berliner Börse von den Arbitrageuren viel benutzte brauchbare Tabelle erscheint im Selbstverlage des Verfassers: Siegfried Alfred Faltz, Berlin NW. 87, Siemensstr. 19.

W. S. in Barmen. Anfrage: „Ich gestatte mir hierdurch bei Ihnen anzufragen, ob Sie mir einige Literatur über

„die Schuldverschreibungen von industriellen Unternehmungen" namhaft machen können, wobei es mich unter anderem interessiert, wie die Bedingungen der berliner Börsenzulassungstelle für industrielle Schuldverschreibungen sind." — Antwort: Erster Band von Saling: Börsenpapiere (M. 9 —), ferner von Leitner: Das Bankgeschäft und seine Technik (M. 9.50), sowie die in der Guttentagschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze erschienene Textausgabe des Gesetzes betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen (bearbeitet von Dr. H. Göppert). Ueber die Bedingungen der Zulassungstelle der Berliner Fondsbörse informiert Sie der Schneider-Dahlheim, Usancen der berliner Fondsbörse (M. 6.50).

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Seide.[1])

Die Ernte des Kokons muss erfolgen, ehe die im Kokon liegende Puppe zum Schmetterling sich entwickelt (was in etwa 14 Tagen erfolgt) der durch das Ausschlüpfen den Kokon beschädigt. Man tötet zu diesem Zweck mit Ausnahme der zur

Nachzucht bestimmten, sorgfältig ausgewählten stärksten und schönsten Kokons, die Puppe ab (etwa am 9. bis 10. Tage nach Fertigstellung des Kokons), und zwar seit ältesten Zeiten in den tropischen Gegenden durch die Sonnenstrahlen. Die moderne Massenzucht wendet die Mittel der trockenen Hitze, des Dampfes oder besonderer Gase (Trockenöfen, Darröfen, Dämpfapparate) an, bei der besondere Vorsicht geübt werden muss, um den Kokon nicht durch Hitze oder Feuchtigkeit derart zu verändern, dass der Bast bzw. die Faser brüchig wird. Von den primitiven Methoden der Chinesen, welche die Hitze des glühenden Ofens anwenden, bis zu den modernen transportablen Trockenöfen mit einfahrbarem Wagen, der gleich mehrere tausend Kilogramm Kokons mit Hilfe von in Heizröhren zirkulierenden Wasserdämpfen oder mittels eines heissen Luftstroms 65—70° auf einmal vorsichtig dörrt, ist ein weiter Schritt. Mit der

Tötung der Puppe verbindet sich die

Trocknung des Kokons, durch welche die spätere Abhaspelung des Seidenfadens erleichtert wird. Statt der Dörrung der Kokons durch die Hitze hat man schädliche Gase, wie Ammoniak, schweflige Säure, Kohlenoxyd, Kohlensäure, oder verflüchtigende Substanzen, wie Kampfer, Aether, Terpentin, auch wohl alkoholische Sublimatlösung angewendet, um die Puppen abzutöten. Nachteile dieser

chemischen Verfahren sind die hohen Betriebskosten und die Schädigung der Kokons, deren Ausbeute durch grösseren Abfall kleiner wird, da in vielen Fällen auf weite Strecken die Basthülle und selbst die Seidenfaser verändert wird. Die gedörrten Kokons enthalten etwa 16% Seidenfaser, ca. $2^1/_2$% Flockseide (Abfall), während der Rest des Gewichts die Puppe und Wasser darstellt.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Siehe Plutus Seite 764, 784, 850, 866, 889, 912, 934, 980.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 1 Ges., betr. d. Kfge.

Das Kaufmannsgericht ist zuständig für Klagen gegen den Pfleger des Nachlasses eines Kaufmanns. Die Klägerinnen klagen gegen den Nachlasspfleger des Nachlasses ihres Prinzipals auf Anerkennung ihrer Forderungen. Das Kaufmannsgericht verurteilt, hat also seine Zuständigkeit angenommen. (Urteil der I. Kammer vom 12. November 1912.)

§ 72 Ziffer 1 HGB.

Ein Alkoholrausch kann durch besondere Umstände entschuldigt sein. Der Kläger war als Expedient für das Delikatessen- und Südfruchtgeschäft des Beklagten angenommen und zuerst im Laden tätig. Nach einiger Zeit sollte er vorzugsweise im Kühlraum arbeiten, in welchem eine Temperatur bis zu —5° herrschte. Der Beklagte behauptet nun, der Kläger sei eines Tages betrunken ins Geschäft gekommen und habe, als ihm deswegen Vorhaltungen gemacht worden seien, gelärmt, so dass ein Auflauf entstanden sei. Aus diesem Grunde sei er entlassen worden. Der Kläger bestreitet, betrunken gewesen zu sein. Allerdings habe er einen Kognak getrunken, weil es in dem Kühlraum so kalt gewesen sei. Das Gericht erklärt die Entlassung für unbegründet: Der Kläger mag sich freilich nicht korrekt benommen haben. Indessen mit Rücksicht darauf, dass er im Kühlraum habe arbeiten müssen, sei es menschlich begreiflich, dass er einmal einen Kognak getrunken habe. Daher mag es erklärlich sein, dass er, als er in die wärmere Luft gekommen sei, im Kopf benommen geworden sei und etwas Skandal gemacht habe. Das berechtige aber unter den Umständen nicht zur Entlassung. (Urteil der II. Kammer vom 18. November 1912.)

§ 138 BGB.

Gültige Gehaltsschiebung. Der Kläger hat auf Grund eines vollstreckbaren Titels das Gehalt eines Reisenden, der bei der Beklagten angestellt ist, pfänden lassen, soweit es 125 ℳ monatlich übersteigt. Er behauptet, das Einkommen betrage gegen 4000 ℳ jährlich. Die Beklagte wendet ein, laut Vertrag bekomme der Reisende nur 125 ℳ monatlich, das übrige seine Frau. Der Kläger führt aus, dass ein solcher Vertrag gegen die guten Sitten verstosse. Das Gericht weist ab: Der Reisende müsse für seine Familie sorgen; daher könne vereinbart werden, dass seine Frau Anspruch auf den unpfändbaren Teil haben solle. Ein Einkommen von 4000 ℳ sei nicht so erheblich, dass ein Verstoss gegen die guten Sitten vorliege. (Urteil der II. Kammer vom 18. November 1912). — Die II. Kammer hat sich also der Ansicht des Reichsgerichts angeschlossen. Vergl. hierzu das Urteil der I. Kammer vom 12. Mai 1911, Plutus 1911, S. 524.

§ 157 BGB.

Aerztliches Attest über die Erkrankung des Handlunggehilfen. Nach einem Urteil der I. Kammer vom 12. November 1912 kann der Prinzipal weder verlangen, dass der Angestellte zwecks Nachweises seiner Erkrankung ein ärztliches Attest auf eigene Kosten beibringe, noch auch, dass er sich auf Kosten des Prinzipals von dessen Vertrauensarzt untersuchen lasse, wenn er von einem anderen Arzt behandelt worden ist.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Compass' Finanzielles Jahrbuch Oesterreich-Ungarn. Gegründet von Gustav Leonhardt, Generalsekretär der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, 1913. Herausgegeben von Rudolf Hanel. 46. Jahrgang. Gebd. in zwei Bänden. Preis 22 *M.* Wien 1912. Compassverlag IX/2, Widerhofergasse Nr. 7.

Band I. Anleihen und Loose. — Währungverhältnisse in Oesterreich-Ungarn. — Banken und Kreditinstitute. — Allgemeine Statistik. — Oesterreichisch-Ungarische Bank. — Aktienhypothekenbanken. — Landeshypothekenanstalten. — Andere Banken. — Oesterreichische Banken als G. m. b. H. — Postsparkassen. — Oesterreichische Sparkassen. — Kreditgenossenschaften. — Ausländische Banken. — Zahlstellen. — Bankierbuch. — Verzeichnis der Verwaltungräte und Direktoren. — Band II. Internationale Industriestatistik. — Industrieaktiengesellschaften. — Versicherunganstalten. — Verkehrsanstalten. — Gemeinsame Eisenbahnen. — Oesterreichische Eisenbahnen. — Ungarische Eisenbahnen. — Ungarische Schiffahrtgesellschaften. — Kroatische Kleinbahnen. — Bosnisch-herzegowinische Eisenbahnen. — Ausländische zugelassene Schiffahrtgesellschaften.

Die Rothschilds. Von Ignaz Balla. Preis gebd. 8 *M.*, brosch. 6 *M.* J. Ladyschnikow Verlag G. m. b. H. Berlin.

Die Rothschilds. — Der Stammvater. — Die Londoner Rothschilds. — Die Pariser Rothschilds. — Das Rothschildhaus in Neapel. — Das Frankfurter Rothschildhaus. — Das Wiener Rothschildhaus.

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Herausgegeben von Dr. K. Bücher, o. Prof. an der Universität Leipzig. 68. Jahrgang 1912. Viertes Heft. Tübingen 1912, Verlag der H. Lauppschen Buchhandlung.

Die Frage der Arbeitlosigkeit in der klassischen Nationalökonomie. Von J. Lipowski. — Theorie der Verteilung. Von Eduard Kellenberger. — Warenhaus und Warenhaussteuer. Von F. W. R. Zimmermann. — Kommandogewalt und Kriegsminister. Von P. G. Hoffmann. — Zum hundertjährigen Bestehen der Preussischen Gesetzsammlung und der Regierungamtsblätter. — Von Robert Kootz. — Das britische Arbeiterversicherunggesetz. Von H. Fehlinger.

Einkommen der Handwerker im Stadtkreis Hannover. Von Dr. Carl Vogel. Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Handwerkskammer für Schwaben und Neuburg. Preis brosch. 3 *M.* Jena 1912, Verlag von Gustav Fischer.

Einleitung. — Besprechung des Materials. — Das Handwerk im allgemeinen. — Das Handwerk im speziellen. — Verarbeitung von Metallen. — Verarbeitung der Holz- und Schnitzstoffe. — Nährgewerbe. — Bekleidunggewerbe. — Baugewerbe. — Polygraphische Gewerbe. — Verschiedene Handwerke.

Sünde. Roman von Hans von Kahlenberg. Preis brosch. 4 *M*, gebd. 5,50 *M.* Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.

Das Gesetz, betreffend Aenderung des Strafgesetzbuchs vom 19. Juni 1912. Nachtrag zum „Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich". Von Dr. Reinhard Frank, Professor der Rechte in Tübingen. Preis geh. 50 Pf. Tübingen 1912, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Das Besitzsteuerproblem in Deutschland und in Frankreich in seiner heutigen Lösung. Von Friedrich Karl Herrmann, Doktor der Staatswissenschaften. Preis brosch. 3,20 *M.* 1912. Puttkammer & Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin W. 56.

Das System der Erwerbsbesteuerung. — Die französische Erwerbsbesteuerung. — Die deutsche Erwerbsbesteuerung. — Das beiderseitige Steuerrecht. — Die Lösung des Besitzsteuerproblems in Deutschland und in Frankreich.

Kruppsche Arbeiterfamilien. Entwicklung und Entwicklungfaktoren von drei Generationen deutscher Arbeiter. Bearbeitet von Richard Ehrenberg und Hugo Racine. (Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Thünen-Archiv. Herausgegeben von Dr. Richard Ehrenberg, Prof. d. Staatswissenschaften in Rostock. Sechstes Ergänzungheft.) Preis brosch. 12 *M.* Jena 1912, Verlag von Gustav Fischer.

Die bisherigen Anschauungen von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Volksmasse in neuester Zeit sowie von ihren entscheidenden Entwicklungfaktoren. — Bisherige Versuche zur Lösung der hier vorliegenden Probleme. — Auswahl des Materials und Erhebungweise im allgemeinen. — Art der Erhebung im einzelnen. — Die Monographien. — Die Grundsätze der Gruppenbildung. — Sind die Ergebnisse der Untersuchung allgemeingültig? — Die Familien-Monographien. — Vergleichende Analyse der Familien-Monographien. — Familien-Monographien mit nur einer Verdienstkurve in der zweiten Generation. — Familien-Monographien mit zwei Verdienstkurven in der zweiten Generation — Allgemein statistische Durchschnitte. — Elemente der Entwicklung. — Bisherige Ergebnisse. — Erste Generation. — Zweite Generation. — Dritte Generation.

Die Sicherungsübereignung von Warenlagern. Von Dr. Heinrich Hoeniger. Zweite, völlig umgearbeitete und erheblich erweiterte Auflage. Preis brosch. 3,60 *M.* Mannheim und Leipzig 1912, J. Bensheimer.

Beunruhigung des Handels und dessen Wünsche nach Gesetzesreform. — Ausländische Registereinrichtungen. — Bedenken gegen die Registerpflicht. — Der Stand der Rechtsprechung. — Juristische Bedenken gegen die Sicherungübereignung. — Wirtschaftliche Bedenken. — Unmöglichkeit der Sicherungübereignung des Warenlagers trotz voller Verfügungbefugnis des Uebereignenden. — Das Lager als Sachinbegriff. — Die verschiedenen Versuche zur Sicherungübereignung von Warenlagern in Literatur und Praxis, insbesondere die Kommissionsklausel. — Unhaltbarkeit der Kommissionsklausel. — Unanwendbarkeit der Kommissionsnormen. — Constitutum possessorum trotz Verfügungbefugnis des Uebereignenden. — Die Ersatzstücke. — Unerwünschte Wirkungen etwa doch gültiger Sicherungübereignungen von Warenlagern. — Bei der Feuerversicherung. — Bei Buchführung und Bilanz. — Bei Firmierung und sonstiger Geschäftsbezeichnung. — Vermögensverschlechterung nach BGB. §§ 321, 610 und Irrtumsanfechtung. — Vermögensübernahme nach BGW. § 419. — Unschädlichmachung mittels Eigentumsvorbehalt. — Eine allgemeine Schlussfolgerung für die Kautelar-Jurisprudenz.

Die Ausnahmetarife im Güterverkehr der Preussisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Eisenbahn-Tarifpolitik. Von Fritz Elsas, Doktor der Staatswissenschaften. Preis brosch. 6,20 *M.* 26. Heft der Tübinger Staatswissenschaftlichen Abhandlungen. Herausgegeben von Carl Johannes Fuchs Stuttgart 1912, Verlag von Ferdinand Enke.

Frühere Behandlung der Ausnahmetarife und Aufgaben dieser Untersuchung. — Frühere Behandlung der Ausnahmetarife in Politik, öffentlicher Meinung und Wissenschaft. — Die Aufgaben dieser Untersuchung. — Die Beschränkung des Themas auf die „preussisch-hessischen Ausnahmetarife". — Der Begriff „Ausnahme-

tarif". — Die gegenwärtig geltenden Ausnahmetarife. — Der äussere Aufbau der Ausnahmetarife. — Der innere Aufbau der Ausnahmetarife. — Die Wirkungen der Ausnahmetarife. — Wirtschaftliche Wirkungen. — Wirkungen der Ausnahmetarife auf Verkehrs- und Einnahmeergebnisse. — Beurteilung der gegenwärtigen und Aufgaben der zukünftigen staatlichen Ausnahmetarifspolitik. — Ergebnisse der Untersuchung und Aufgaben der Wissenschaft.

Der Beamte. Soziale Vorträge. 7. Heft. Herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. Preis brosch. 1,50 *M.* M.-Gladbach 1912, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Geschichte des deutschen Beamtentums. — Was der Beamte von dem Aufbau unserer Volkswirtschaft wissen muss. — Die Stellung des Beamten in der Volkswirtschaft. — Die Eigenart des deutschen Beamtenrechts. — Die Wünsche der Beamtenschaft an die Gesetzgebung. — Die staatsbürgerliche Stellung des Beamten. — Die Organisationsbestrebungen der deutschen Beamtenschaft. — Die berufliche Selbsthilfe der Beamten. — Die wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamten. — Die Beamtengenossenschaften. — Die soziale Schulung der Beamten. — Die staatsbürgerliche Erziehung der Beamten. — Die gemeinnützige soziale Arbeit der Beamten in der städtischen Bevölkerung. — Die gemeinnützige Betätigung des Beamten auf dem Lande. — Die karitative Betätigung des Beamten.

Die Zölle und Steuern des Deutschen Reiches. Nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung vollständig neu bearbeitet von Karl Wiesinger, K. b. Oberregierungsrat, Reichsbevollmächtigter für Zölle und Steuern in Altona. Preis geb. 10 *M.* 6. Auflage. 1912. München und Berlin, J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier).

Aus der Vorzeit des Zollvereins. — Gründung und Fortentwicklung des deutschen Zollvereins. — Die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. — Die deutsche Reichszoll- und -Steuergesetzgebung. — Der Zolltarif vom 25. Dezember 1902. — Die Reichssteuergesetzgebung. — Das deutsche Zoll- und Reichsgebiet. — Verfassungmässige Hauptgrundsätze für die Zoll- und Steuerverwaltung des Deutschen Reiches. — Die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung. — Die deutsche Reichsfinanzreform. — Umfang, Grösse und Einwohnerzahl des Deutschen Reichs und des Zollgebietes. — Organisation der Zollbehörden im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten. — Die Reichskontrolle für Zölle und Steuern. — Das Abrechnungwesen der Zoll- und Steuerverwaltung zwischen dem Reich und den Bundesstaaten und an sich. — Besondere Vorschriften über die Verwaltung und Erhebung der Zölle und Reichssteuern. — Die Zölle. — Die Reichssteuern. — Die Tabaksteuer. — Die Zuckersteuer und das Süssstoffgesetz. — Die Salzsteuer und das Kalisalzabgabengesetz. — Die Branntweinbesteuerung. — Das Schaumweinsteuergesetz. — Das Leuchtmittelsteuergesetz und das Zündwarensteuergesetz. — Die Bierverbrauchssteuern in Deutschland. — Die norddeutsche Brausteuer. — Die Biersteuer in den übrigen Bundesstaaten. — Die Uebergangsabgaben. — Die Verkehrssteuern im Deutschen Reiche. — Das Reichswertzuwachssteuergesetz. — Die Reichserbschaftsteuer. — Warenverkehrsstatistik. — Die auswärtigen Handelsbeziehungen des Deutschen Reiches.

Der Grundriss der Handelswissenschaft (Handelsbetriebslehre). Für Handels- und Fortbildungschulen und verwandte Lehranstalten sowie zur Selbstbelehrung. Von W. Wick, Vorsteher der Kantonalen Handelsschule und Konrektor der obersten Realschule in Basel. 2. völlig umgearbeitete Auflage. Preis geb. 4,80 *M.* Leipzig 1912, Verlag von Carl Ernst Poeschel.

Der Handel im allgemeinen. — Einleitende Grundbegriffe. — Wesen, Aufgabe und Bedeutung des Handels. — Begriffsbestimmung. — Entwicklungstufen des Handels. — Stellung des Handels im wirtschaftlichen Organismus. — Vorteile des Handels für den Produzenten und Konsumenten. — Umfang und Bedeutung des heutigen Handels. — Wechselwirkung zwischen Handel, allgemeiner Kultur und Volksleben. — Einzeilung des Handels. — Nach dem Gegenstand. — Nach der Ortsbeziehung. — Nach der Art des Absatzes. — Nach der Beteiligung eines Volkes am Handel des eigenen Landes. — Nach dem Grade der Entwicklung. — Nach dem Zeitpunkt der Vollendung des Geschäftes. — Nach dem Umstand, ob der Handel für eigene oder fremde Rechnung betrieben wird. — Allgemeine Handelsbetriebslehre. — Gesetzliche Voraussetzungen. — Die Handelstreibenden und die Handelsunternehmung. — Das Handlungpersonal und seine Obliegenheiten. — Die selbständigen Hilfpersonen des Handels. — Die Handelsgegenstände, ihre Masse, Quantitätangaben und Qualitätbezeichnungen. — Die Waren. — Die Masse. — Die Quantitätangaben und Gewichtsabzüge. — Die Quantitätangaben und Gewichtsabzüge. — Die Qualitätangabe. — Das Geld. — Die Geldersatzmittel. — Gründung, Betrieb und Auflösung des Geschäftes. — Kaufmännische Reklame. — Die Konkurrenz im Handesbetrieb. — Die Handelsgebräuche. — Der Betrieb des Waren- und Bankgeschäftes und ihre Hilfgewerbe und Einrichtungen. — Der Warenhandel. — Gründung und Kauf eines Geschäftes, Beteiligung an einem schon bestehenden Unternehmen. — Beschaffung der Waren. — Beförderung der Waren, Personen und Nachrichten. — Empfang, Untersuchung und Verzollung der Ware. — Lagerung der Ware und Versicherung. — Die Kalkulation. — Zahlung der Warenschuld und Ausgleichung der Schuld- und Forderungverhältnisse. — Absatzgewinnung und Verkauf. — Bank und Börse. — Das Bankwesen. — Die Börse. — Die Bankgeschäfte. — Die Organisation des Bankgeschäftes. — Staat und Privatwirtschaft.

Der Einfluss von Willensmängeln auf Gründungs- und Beitritterklärungen zu juristischen Personen. Zugleich ein Beitrag zur Frage der Anfechtbarkeit der Aktienzeichnung. Von Dr. Albert Hahn. Preis 1,50 M. Frankfurt a. M. Druck und Verlag von Gebr. Knauer.

Willenserklärungen und Willensmängel. — Die rechtliche Natur korporativer Erklärungen. — Uebersicht über die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen. — Die rechtliche Natur der korporativen Erklärungen. — Der Einfluss der Nichtigkeit und Anfechtbarkeit korporativer Erklärungen. — Welchen Einfluss haben Willensmängel auf die mit ihnen behafteten korporativen Erklärungen? — Besteht überhaupt ein Verkehrsbedürfnis für die in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Ausdruck gelangten Rechtssätze?

Die Jahresbilanz der Aktiengesellschaften nach deutschem und schweizerischem Recht. Von Dr. jur. H. Zimmermann. Preis 7,50 *M.* Zürich-Selnau 1912, Verlag Gebr. Leemann & Co.

Bedeutung der Bilanz für das Dividendenrecht der Aktionäre. — Bedeutung der Bilanz für das Tantiemenrecht der Organe und Angestellten der Aktiengesellschaften. — Weiteres über Zweck und Bedeutung der Bilanz. — Das Inventar. — Der Bilanztag. — Die Bilanzwährung. — Die Aufbewahrung des Inventars, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. — Die Gewinn- und Verlustrechnung. — Struktur der Bilanz. — Pfänder und Hypotheken. — Sicherungübereignungen. — Geteilte Bilanzen. — Bewertunglehre. — Aufstellung, Prüfung und Publikation der Bilanz. — Ist das System der doppelten Buchhaltung für die Aktiengesellschaft obligatorisch?

Elegantiae. Geschichte der vornehmen Welt im klassischen Altertum. Von A. v. Gleichen-Russwurm. Geh. 8,50 *M*, in eleg. Leinwand 10 *M.* Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart.

Einführung zur Geschichte der Geselligkeit. — Der Luxus als Fortschritt. — Gemeinsames Geniessen edler Kunst. — Vom Kannibalenfrass zum eleganten Diner. — Die Kunst, den Gast zu unterhalten. — Der Tod beim Gastmahl. — Persiens Tischsitten. — König Salomon. — Jüdische Gastfreundschaft. — Das Passahmahl. — Vom Opferschmaus zum Gastmahl der Weisen. — Volksfeste als Anfang feiner Geselligkeit. — Sokrates und der Tanz. — Die vertanzte Hochzeit. — Die

Hekatomben Homers. — Vom Opferschmaus zur festlichen Tafel. — Das Diner der Götter. — Die ersten Visitenkarten. — Vom Servieren. — Die Speisenfolge. — Die Frau der homerischen Welt. — Der Weg ins Frauengemach. — Junge Mädchen. — Allerlei aus Sparta. — Hetären. — Persischer Einfluss. — Athens erster politischer Salon. — Die Hofpoeten. — Am glatt ceölten Tisch. — Vom Zutrinken. — Die Hetären von Korinth. — Gesellschaftliche Regeln des Theognis. — Athen und Sparta. — Schwarze Suppe. — Elegantes Anrichten. — Von Wein und Lied. — Vom Scherbengericht. — Perikles. — Aus Aspasias Salon. — Die Geburt europäischer Eleganz. — Die Partei des Alkibiades. — Gesellschaftspiele. — Auf der Promenade. — Stutzertum. — Protzenfreude. — Wert der Musik. — Die Flöte. — Ungehörigkeiten bei Tisch. — Die Küche und die Sprache Homers. — Einfluss der Industrie. — Gute Manieren — Tiere in der Gesellschaft. — Vom Wert des Geldes. — Arbeit und Rang. — Der Bauch als Gott. — In Samos. — König Philipp. — Im Zelt des Darius. — Alexanders Maskerade. — Asiens Sitten. — Ein Liebhabertheater. — Bartlose Methode. — Die Fackel der Hochzeitnacht. — Künstler in der grossen Welt. — Die Gipsbüste. — Kostspielige Moden. — Moderomane. — Auf Rhodos. — Zauberopern. — Der kluge Jude. — Im Garten Epikurs. — Die überlegene Dienerschaft. — Das literarische Gastmahl. — Der Philosoph in Toilette. — Plutarchs Umgangsformen. — Vom Rang bei Tisch. — Im Hause Perianders. — Der Fremde beim Mahl. — Kultur und Ueberkultur. — Republik und Hofgesellschaft. — Die erste Grossstadt. — Hierons I. Musenhof. — Der Sybarit vor Spartas Suppe. — Der Orden der Weisen. — Am Hof des Schäferkönigs. — Das Rinderbirnenspielen. — Die Römer in Tarent. — Der erste Barbier. — Diplomatenauswahl. — Mit dem Feind auf einem Lager. — Die römische Ehe. — Das Probejahr. — Frauenluxus. — Schuhparfümerie. — Modetorheiten. — Andrang neureicher Elemente. — Die sterbende Muräne. — Der gepriesene Sauerampfer. — Edunt ut vomant. — Taedium vitae. — Das Heer der Sklaven. — Elegante Livree. — Die Erfindung der Gänseleberpastete. — Speisenfolge. — Der Markt der Naturwunder. — Gartenliebhaberei. — Ein Küchenzettel. — Grausamkeiten. — Nomenklatur. — Hauskapellen. — Gladiatoren. — Minervas Aussteuer. — Die Lebensregeln des Komödiendichters. — Wohlgeruch und Knoblauch. — Das königliche Liebchen. — Eine Galavorstellung. — Erste und zweite Gesellschaft. — Affektiertes Römertum. — Im Kreise Catulls. — Der Literatursnob. — Der junge Schauspieler. — In der Sänfte. — Saturnalien. — Der Weltmann, der Römer. — Die Stellung des Adels. — Im Hause des Imperators. — Seide und Wolle. — Ein drohender Skandal. — Julias Umgebung. — Verspottete Götter. — Die Sitten der Galanterie — Die verheiratete Frau und ihr Courmacher. — Der eifersüchtige Tibull. — Das Aufkommen Cicisbeo. — Ovids Erinnerungen. — Die Tischeinladung des Horaz. — Der Abend bei Livinius. — Das Hoch auf den Kaiser. — Würfelspiel. — Gesellschafttypen. — Stadt und Land. — Am Strand von Bejae. — Lustgärten. — Hang zum Komfort. — Rheinwein. — Die gefrässigen Götter. — Tiberius. — Der Hofstaat. — Damen am Hof. — Freigelasse. — Der Vorschneider. — Das Erröten des Philosophen. — Salon-Verschwörungen. — Sklaven und Bücherkiste. — Nero in Griechenland. — Die Modedamen. — Im Fechtermantel. — Die Einladung Juvenals. — Senecar-Regeln. — Cäsarenscherze. — Von den Festen des Petronius zu den christlichen Agapen. — Aus einem parodistischen Roman. — Neros Meister. — Sensationslust — Musiknarretei. — An der Hoftafel. — Elegante Vorträge. — Theater und Konzerte. — Schöngeistige Unterhaltung. — Material. — Smart set. — Tisch- und Festordnungen. — Das Diner im Sarg — Familiär-Sulpicia. — Einfachere Sitten. — Die Einladung des Plinius. — Brüderschaften. — Der Ehrenschmaus. — Reiselust. — Hadrians Symposien. — Die Lotosblume. — Das kaiserliche Familienessen. — Marc Aurel und Venus. — Korruption. — Lucians Saturnalienfest. — Schlechte Manieren bei Tisch. — Schmarotzer. — Der schönste Gladiator. — Senator und Dirne. — Die syrischen Damen. — Im Salon der Philosophin — Das Fest der Farben — Der Klatsch. — Im Damenklub. — Das Beispiel germanischer Frauen. — Hausfreunde. — Das Geleit der Sänfte. — Diocletians Hof. — Adoration. — Barbaren. — Fromme Richtung. — Pius. — Salonlektüre. — Sehnsucht nach Wundern. — Christliche Frauen. — Die Agapen. — Der himmlische Gastfreund. — Die fromme Pose. — Konstantins Tat. — Die Hauptstadt Byzanz.

Das Verkehrswesen. Von Dr. R. van der Borght, Kaiserlicher Präsident a. D. Band VII der I. Abteilung der Volkswirtschaftlehre des Hand- und Lehrbuches der Staatswissenschaften. Zweite Auflage. Preis geh. 16 *M*, geb. 18 *M*. Leipzig 1912, Verlag von C. L. Hirschfeld.

Das Verkehrswesen im allgemeinen. — Die Wirkungen des vervollkommneten Verkehrswesens. — Die Notwendigkeit des Eingreifens der öffentlichen Gewalt in das Verkehrswesen. — Die Uebernahme der Verkehrsmittel in die öffentliche Verwaltung. — Die Vorzüge und Schwächen des öffentlichen Betriebs des Verkehrswesens. — Die finanzielle Behandlung des Verkehrswesens durch die öffentliche Gewalt. — Die Preisbildung im Verkehrswesen. — Einfluss des Wettbewerbes auf die Preisbildung. — Allgemeine Anforderungen an die Gestaltung der Preise für die Verkehrsleistungen. — Die Richtung auf Vereinheitlichung der Preise. — Der Strassenverkehr. — Die Fahrbahn. — Die Triebkraft und die Fahrzeuge. — Die Preisbildung im Strassenverkehr. — Der Eisenbahnverkehr. — Begriff, Arten und Hilfsmittel. — Die Entstehung der Schienenbahn. — Die Entwicklung der Triebkraft und die Fahrzeuge. — Die Verbreitung der Eisenbahnen. — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen. — Die Verwaltung der Eisenbahnen. — Die internationale Eisenbahnverwaltung. — Die Gütertarife. — Die Personen- und Gepäcktarife. — Schriften. — Begriff und Arten der Wasserwege und Fahrzeuge. — Arten der Fahrzeuge. — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Wasserstrassen. — Die finanzielle Behandlung der Wasserstrassen. — Die Preisbildung im Wasserverkehr. — Der Luftverkehr. — Entwicklung der Luftschiffahrt. — Entwicklung des Flugzeugwesens. — Der Post- und elektrische Nachrichtenschnellverkehr. — Die Briefpost. — Der elektrische Nachrichtenschnellverkehr. — Die Post und der elektrische Nachrichtenverkehr als Gegenstand der Staatsverwaltung. — Die Tarife im Post- und elektrischen Nachrichtenverkehr.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actienbierbrauerei Gambrinus, Dresden, 23. 12., —, 6. 12. ● Actienbrauerei Cluss, Heilbronn a. N., 23. 12., 19. 12., 29. 11. ● Actienbrauerei Feldschlösschen, Minden, 19. 12., —, 2. 12. ● Actienbrauerei Rinteln, Rinteln, 21. 12., 20. 12., 3. 12. ● Actienbrauerei St. Avold, St. Avold (Lothr.), 16. 12., —, 30. 11. ● A.-G. des Altonaer Schauspielhauses, Altona, 23. 12., —, 22. 11. ● A.-G. Oberhausener Wasserwerk, Oberhausen (Rhld.), 21. 12., 20. 12., 6. 12. ● A.-G. Sturm, Sagan,

30. 12., 27. 12., 29. 11. ● Apparatebauanstalt und Metallwerke A.-G. (vorm. Gebr. Schmidt und Rich. Brauer), Weimar, 17. 12., 13. 12., 30. 11.

Badische Brauerei, Mannheim, 28. 12., 23. 12., 4. 12. ● Belgarder Dampfbierbrauerei A.-G. vorm. Noeske & Kittelmann, Belgard, 18. 12., 17. 12., 3. 12. ● Bielefelder Volkskaffeehaus, A.-G., Bielefeld, 21. 12., —, 30. 11. ● Bierbrauerei Hasenburg, A.-G., Lüneburg, 19. 12., —, 5. 12. ● Blankenese-Marienhöhe-Terrain-A.-G., Hamburg, 28. 12., 24. 12., 4. 12. ● Brauerei Allerthal, A.-G., 30. 12., —, 11. 11. ● Brauerei Wickbold, A.-G., Königsberg i. Pr., 23. 12., 20. 12., 22. 11. ● Bremer Brauerei, A.-G., Bremen, 27. 12., 24. 12., 6. 12. ● Bürgerliches Brauhaus, Herne i. W., 21. 12., 13. 12., 30. 11.

„Casino" Bremen, Bremen, 19. 12., —, 4. 12. ● Continentale Rhederei, A.-G., Hamburg, 17. 12., 16. 12., 2. 12.

Dampfbrauerei Zwenkau, A.-G., Leipzig, 19. 12., —, 2. 12. ● Dampf-Kornbrennerei und Presshefefabriken, A.-G., Hamburg, 19. 12., 17. 12., 30. 11. ● Deutsches Opernhaus-Betriebs-A.-G., Charlottenburg, 27. 12., 23. 12., 5. 12. ● Dortmunder Union-Brauerei, A.-G., Dortmund, 19. 12., 18. 12., 30. 11.

Elektrizitätswerk Berggeist, A.-G., Brühl (Bez. Cöln), Mülheim (Ruhr), 23. 12., 13. 12., 27. 11. ● Elsässische Weine A.-G., Rufach (Oberels.), 23. 12., —, 5. 12. ● Erfurter Electrische Strassenbahn, Erfurt, 28. 12., 25. 12., 30. 11. ● Erste Oberländische Dampfbierbrauerei, A.-G., Lobenstein, 19. 12., —, 2. 12.

Fabrik feiner Fleischwaren H. u. P. Sauermann, A.-G., Kulmbach, 21. 12., —, 2. 12. ● Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vorm. C. J. Vogel Telegraphendraht-Fabrik), A.-G., Berlin, 28. 12., 23. 12., 30. 11. ● Filature de Pontay, A.-G., Strassburg, 28. 12., 23. 12., 4. 12. ● Flachsspinnerei Osnabrück, Osnabrück, 22. 12., —, 4. 12.

Gaswerk Achim, A.-G., Bremen, 23. 12., 19. 12., 4. 12. ● C. Grossmann, Eisen- und Stahlwerk, A.-G., Wald, 28. 12., —, 6. 12.

Hannover-Braunschweigische Bergwerksgesellschaft, A.-G., Hannover, 28. 12., 23. 12., 3. 12. ● Hannoversche Eisengiesserei, Anderten, 27. 12., 24. 12., 5. 12. ● Hannoversche Waggonfabrik, Hannover, 28. 12., 23. 12., 4. 12. ● Hofbrauhaus Coburg, A.-G., Koburg, 19. 12., 14. 12., 2. 12. ● A. Horch & Cie., Motorwagenwerke, A.-G., Zwickau i. Sa., 21. 12., 18. 12., 3. 12.

Jels Bank, A.-G., Jels, 21. 12., —, 3. 12.

Carl Kästner, A.-G., Leipzig, 27. 12., 24. 12., 4. 12. ● Kleinbahn-A.-G. Zajonskowo-Neumark, Neumark (Westpr.), 21. 12., —, 30. 11. ● Klosterbrauerei Charlottenburg, A.-G. i. Liqu., Berlin, 21. 12., —, 6. 12. ● Königsberger Strassenbahn, A.-G. i. Liqu., Berlin, 28. 12., 23. 12., 30. 11. ● Königshulder Stahl- und Eisenwaren-Fabrik A.-G., Gleiwitz, 23. 12., 20. 12., 30. 11.

Lahrer Brauhaus, A.-G., Lahr, 28. 12., 24. 12., 3. 12. ● Laubaner Thonwerke, Berlin, 20. 12., 14. 12., 3. 12. ● Lederwerke vorm. Mayer, Michel & Deninger i. Liqu., Mainz, 21. 12., —, 3. 12. ● Leipziger Schnellpressenfabrik, A.-G., vorm. Schmiers, Werner & Stein, Leipzig, 18. 12., 16. 12., 30. 11. ● Lindener Actien-Brauerei vorm. Brande & Meyer, Linden vor Hannover, 19. 12., 17. 12., 30. 11. ● Lolat-Eisenbeton-A.-G., Düsseldorf, 23. 12., 19. 12., 30. 11. ● Löninger Actienbrauerei zum Palmberg, Löningen, 2. 1., —, 26. 11. ● Lothringer Chemische Werke vorm. Kahn-Hertz & Sohn, Strassburg, 24. 12., —, 5. 12. ● Löwenbräu, A.-G., Hof i. B., 17. 12., —, 3. 12. ● Löwenbrauerei, A.-G., Berlin, 23. 12., 19. 12., 4. 12. ● Ludwigsluster Schauspielhaus, A.-G., Ludwigslust, 17. 12., 30. 11.

Mainzer Actien-Bierbrauerei, Mainz, 21. 12., 18. 12., 4. 12. ● Malzfabrik Etgersleben, A.-G., Magdeburg, 23. 12., 21. 12., 3. 12. ● Moritz Marx Söhne, A.-G., Bruchsal, Karlsruhe, 28. 12., 25. 12., 29. 11. ● Memeler Actienbrauerei und Destillation, Memel, 19. 12., 16. 12., 30. 11. ● Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, München, 28. 12., 26. 12., 21. 11.

Neue Walheimer Kalkwerke, A.-G., Cöln, 28. 12., —, 3. 12. ● Neustettiner Bergbrauerei, A.-G. i. Liqu., Neustettin, 23. 12., —, 23. 11. ● Norddeutsche Spritwerke, Hamburg, 19. 12., 17. 12., 30. 11. ● Norddeutsche Zucker-Raffinerie, Hamburg, 28. 12., 23. 12., 3. 12.

Ostfriesische Actien-Brauerei, Aurich, 21. 12., 19. 12., 5. 12.

Paderborner Actienbrauerei, Paderborn, 19. 12., 18. 12., 30. 11. ● Portland-Cementfabrik Alemannia, A.-G., Hannover, 21. 12., 19. 12., 30. 11. ● Portland-Cementwerk Rombach, A.-G., Rombach i. Lothr., 29. 12., 25. 12., 15. 11.

Ratzeburger Actien-Brauerei, Ratzeburg, 21. 12., —, 6. 12. ● Bad Rippoldsau, A.-G., Karlsruhe, 21. 12., —, 3. 12. ● Ronneburger Kammgarnweberei Franz Bär & Becker, A.-G., Ronneburg, 19. 12., 15. 12., 30. 11. ● Rositzer Zucker-Raffinerie, Berlin, 21. 12., 17. 12., 4. 12. ● Rütgerswerke, A.-G., Berlin, 23. 12., 20. 12., 3. 12.

Siemens Electrische Betriebe, A.-G., Berlin, 19. 12., 15. 12., 30. 11.

Schillertheater, A.-G., Charlottenburg, 28. 12., 25. 12., 30. 11. ● Schlossbräu Tutzing, A.-G., München, 23. 12., 20. 12., 3. 12.

Steiger-Brauerei, A.-G., vorm. Gebr. Treitschke, Erfurt, 23. 12., 22. 12., 4. 12. ● Stifts-Brauerei, A.-G., vorm. Ed. Frantzen u. Bürgerl. Brauhaus, Hörde, 28. 12., 27. 12., 18. 11. ● Strassburger Grundrenten-Gesellschaft, Strassburg, 16. 12., 14. 12., 30. 11. ● Striegauer Porzellanfabrik A.-G. vorm. C. Walter & Co. in Striegau zu Stanowitz, Striegau, 23. 12., 20. 12., 30. 11.

Tangermünder Actien-Brauerei, A.-G., Tangermünde, 19. 12., 16. 12., 5. 12. ● Tivoli-Brauerei O. Fleischer, A.-G., Stettin-Grünhof, 21. 12., 17. 12., 30. 11. ● Thüringer Export-Bierbrauerei, Neustadt (Orla), 28. 12., 21. 12., 6. 12. ● Tränkner & Würker Nachf., A.-G., Leipzig-Lindenau, 21. 12., —, 3. 12. ● „Transatlantica", Rhederei-A.-G., Hamburg, 23. 12., 19. 12., 4. 12.

Uhrenfabrik Villingen, A.-G., Villingen, 28. 12., 25. 12., 30. 11. ● Ulrich & Hinrichs, A.-G., Düsseldorf, 21. 12., 17. 12., 30. 11. ● Uelzener Bierbrauerei-Gesellschaft, Uelzen, 18. 12., 17. 12., 3. 12.

Vaterländische Hagel-Versicherungs-Ges. i. L., Elberfeld, 17. 12., —, 2. 12. ● Vereinigte Dampfbrauereien Saalfeld A.-G., Saalfeld a. S., 25. 1., —, 22. 11. ● Vereinigte Grätzer Bierbrauereien, A.-G., Grätz i. P., 28. 12., 24. 12., 4. 12. ● Vereinigte Oberels. Weinkellereien A.-G. Colmar und Sennheim, Colmar i. E., 21. 12., 18. 12., 30. 11. ● Vereinigte Riegel- und Schloss-Fabriken, A.-G., Velbert, 21. 12., 19. 12., 4. 12. ● Vereinsbrauerei zu Döbeln, Döbeln, 23. 12., —, 6. 12. ● Vorschuss-Anstalt für Ludwigslust, Ludwigslust, 17. 12., —, 30. 11.

Waaren-Commissions-Bank, Hamburg, 28. 12., —, 3. 12. ● Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrand & Cie., Cöln, 28. 12., 21. 12., 5. 12. ● Weissbier-Actien-Brauerei vorm. H. A. Bolle, Berlin, 23. 12., 20. 12., 30. 11. ● Westfälische Fleischwarenfabrik Wolf & Co., A.-G., Bünde i. W., 21. 12., —, 5. 12. ● Westf. Stanz- und Emaillierwerke A.-G. vorm. J. u. H. Kerkmann, Hamm i. W., 28. 12., 23. 12., 2. 12. ● Wilhelmsburger Chemische Fabrik, Hamburg, 17. 12., 14. 12., 30. 11. ● Württembergisch-Hohenzollernsche Brauereigesellschaft, Stuttgart, 21. 12., 18. 12., 30. 11.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 10. Dez. 1912, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4450	4600
Alte Haase	1625	1650
Blankenburg	2300	2425
Brassert	11300	11700
Carolus Magnus	—	7000
Constantin der Gr.	48500	49500
Diergardt	3400	3450
Dorstfeld	11800	12200
Ewald	46800	49000
Friedrich der Grosse	26500	28000
Gottessegen	2600	2700
Graf Bismarck	—	—
Graf Schwerin	14100	14400
Heinrich	5175	5400
Helene & Amalie	18950	19100
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4150	4300
Johann Deimelsberg	6550	6800
Königin Elisabeth	29400	29700
König Ludwig	30000	30900
Langenbrahm	21400	21800
Lothringen	29800	30500
Mont Cenis	18500	19400
Oespel	2750	2825
Schürb. & Charlottbg.	2200	2275
Trier (3000 Kuxe)	6400	6500
Unser Fritz	—	23000
Westfalen (10 000 Kuxe)	900	930
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1550	1650
Bruckdorf-Nietleben	1950	2050
Germania	875	925
Gute Hoffnung	4900	5000
Humboldt	1375	1450
Leonhard	7700	7900
Lucherberg	2525	2600
Michel	7200	7400
Neurath	2200	2300
Schallmauer, Braunk.	3300	3400
Zukunft	—	4700
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	9250	9500
Aller Nordstern	1050	1125
Beienrode	6200	6500
Bergmannssegen	7000	7200
Burbach	12700	13500
Carlsfund	6050	6400
Carlsglück	1500	1600
Carlshall	2200	2300
Deutschland, Justenbg.	3900	4050
Einigkeit	—	5600
Fallersleben	1175	1225
Felsenfest	1850	1925
Gebra	4000	4150
Glückauf, Sondershausen	—	21500
Grossherz. v. Sachsen	8600	8800
Günthershall	4800	5000
Hannover	—	—
Hansa Silberberg	5400	5850
Hedwig	725	800
Heiligenmühle	1400	1450
Heiligenroda	8750	8950
Heimboldshausen	1050	1150
Heldrungen I	800	875
Heldrungen II	1125	1200
Herfa	1350	1400
Heringen	—	5000
Hermann II	1700	1800
Hohenfels	6650	6900
Hohenzollern	6400	6650
Hugo	10200	10600
Hüpstedt	3000	3150
Immenrode	3950	4100
Johannashall	9400	9700
Kaiseroda	8700	9100
Mariaglück	1100	1200
Max	2850	2950
Neurode	1350	1400
Neusollstedt	3250	3350
Neustassfurt	10000	11000
Ransbach	800	900
Reichenhall	625	700
Rothenberg	2850	2900
Sachsen-Weimar	7100	7300
Salzmünde	6800	6950
Siegfried I	5950	6100
Thüringen	—	3500
Volkenroda	6400	6600
Walbeck	—	5350
Walter	1075	1125
Wilhelmine	1200	1300
Wilhelmshall	9000	9300
Wintershall	18000	19000
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	73%	76%
Adolfsglück	—	—
Bismarckshall	96%	97%
Hallesche Kaliwerke	50%	52%
Hattorf	111%	113%
Heldburg	56%	57%
Justus Act.	98%	99%
Krügershall	133%	135%
Ludwigshall	70%	72%
Ronnenberg Act.	114%	117%
Steinförde	—	—
Teutonia	73%	75%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	500	600
Eiserner Union	850	950
Fernie	3200	3300
Freier Grunder Bgw.-V.	425	475
Henriette	1300	1400
Louise Brauneisenst.	1775	1850
Neue Hoffnung	100	140
Wilhelmine	1200	1275

Londoner Börsenkurse

mitgeteilt von [4903

Amerikaner.

	Schlusskurs vom 2. 12.	9. 12.
Atchisons	$111\frac{1}{8}$ xd	$109\frac{1}{2}$
Baltimore and Ohio	110	$108\frac{1}{2}$
Canadian Pacific	$274\frac{1}{2}$	$271\frac{3}{4}$
Erie Common	$35\frac{5}{8}$	34
Missouri, Kansas and Texas	$29\frac{1}{8}$	$28\frac{1}{4}$
Southern Railway	$30\frac{3}{8}$	$29\frac{1}{8}$
Southern Pacific	$114\frac{1}{8}$	$111\frac{1}{2}$
Union Pacific	177 xd	$171\frac{7}{8}$
U. S. Steel Corp.	$76\frac{7}{8}$	$70\frac{1}{2}$
Grand Trunk Ord.	$29\frac{3}{4}$	$29\frac{13}{16}$
3. Pref.	$56\frac{1}{2}$	$55\frac{5}{8}$

Minen.

Südafrikaner und Rhodesier.

Brakpan	$4\frac{1}{16}$	$4\frac{1}{16}$
Cinderella Cons.	$1\frac{1}{8}$	1
Chartered	27/0	26/3
East Rand Prop.	$2\frac{27}{32}$	$2\frac{25}{32}$
Eldorado Banket	$1\frac{3}{4}$	$1\frac{3}{4}$
Geduld	$1\frac{1}{8}$	$1\frac{1}{8}$
Gen. Mining and Finance	1	$\frac{31}{32}$
Gold Fields Ord.	$3\frac{3}{8}$	$3\frac{11}{32}$
Johannesburg Cons. Inv.	21/0	21/0
Kleinfontein New	$1\frac{9}{32}$	$1\frac{1}{4}$
Langlaagte Estates	$1\frac{3}{8}$	$1\frac{3}{8}$
Modderfontein	$12\frac{1}{2}$	$12\frac{3}{16}$
Pigg's Peak Dev.	14/0	13/6
Randfontein	$1\frac{5}{8}$	$1\frac{9}{16}$
Rand Mines	$6\frac{1}{2}$	$6\frac{7}{16}$
South West Africa	25/6	25/0
Transvaal North	10/6	10/6
Tanganyika Cons.	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{9}{16}$
Witwatersrand Deep	$2\frac{7}{16}$	$2\frac{11}{16}$

Diamant, Kupfer u. andere.

Amalgamated Copper	$87\frac{7}{8}$	$82\frac{1}{2}$
Anacondas	$8\frac{15}{16}$	$8\frac{3}{8}$
Broken Hill Props	46/0 xd	45/6
De Beers Def.	$20\frac{1}{8}$	$21\frac{1}{8}$
Esperanza	$2\frac{1}{8}$	2
Golden Horseshoe	$2\frac{3}{16}$	$2\frac{1}{8}$
Mount Lyell Mining	23/0	25/0
Mount Lyell Cons. Wallaroo 10/0 fully paid	4/6	4/6
Premier Def.	$12\frac{7}{16}$	$12\frac{5}{16}$
Rio Tinto	$75\frac{7}{8}$	74

Zinn-Werte.

Anglo Continental	$\frac{29}{32}$	$\frac{3}{4}$
Bisichi Tin	1	$1\frac{1}{4}$
Nigerian Tin Corp.	$1\frac{1}{8}$	$1\frac{5}{16}$
Rayfield New	$\frac{13}{16}$	$\frac{7}{8}$
Temma Tin	1/6	1/6

Fremde Werte.

Engl. Consols $2\frac{1}{2}$%	$75\frac{5}{8}$	$75\frac{3}{16}$
Brazilianer 1889	83	$83\frac{1}{2}$
Colombier	$49\frac{1}{4}$	$49\frac{1}{2}$
Japaner 1905 4%	88	88
Mexikaner 5%	$100\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{2}$
Peru Ord.	$10\frac{1}{2}$	$10\frac{1}{8}$
Peru Prefs	$53\frac{1}{8}$	52
Prov. of Buenos Aires $3\frac{1}{2}$%	$69\frac{1}{2}$	69

Renten fest, Amerikaner und Kupferwerte nach Rückgang stetig, Minen fest, aber geschäftslos, einheimische Bahnen auf Streikbefürchtungen abgeschwächt.

Wir weisen unsere geehrten Leser auf die Beilage **„Das Bankwesen und seine Technik“** hin, die dieser Nummer des „Plutus“ beigegeben ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.